



Beschluss-Protokoll

der 10. und 11. Sitzung, Amtsjahr 2013-2014

Mittwoch, den 15. Mai 2013, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Conradin Cramer, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin i. V.

Abwesende:

15. Mai 2013, 09:00 Uhr
10. Sitzung *André Auderset (LDP), Andrea Bollinger (SP), Felix Eymann (LDP), Sebastian Frehner (SVP), Alexander Gröflin (SVP), Oskar Herzig (SVP), Lorenz Nägelin (SVP), Annemarie Pfeifer (CVP/EVP), Tobit Schäfer (SP), Christine Wirz (LDP).*

15. Mai 2013, 15:00 Uhr
11. Sitzung *André Auderset (LDP), Felix Eymann (LDP), Sebastian Frehner (SVP), Alexander Gröflin (SVP), Oskar Herzig (SVP), Daniel Jansen (SP), Stephan Luethi (SP), Lorenz Nägelin (SVP), Annemarie Pfeifer (CVP/EVP), Tobit Schäfer (SP), Aeneas Wanner (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|--|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 5 |
| 3. | Bericht der Regierungsrates betreffend Initiative für ein "Kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum (Vermummungsverbots-Initiative)" - Bericht über die rechtliche Unzulässigkeit und zum weiteren Vorgehen | 6 |
| 4. | Ratschlag und Entwurf einer Änderung des Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) vom 29. Juni 2005 | 8 |
| 5. | Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) - Formell-gesetzliche Grundlage für die Gebührenpflichtigkeit von Tarifverfahren gemäss KVG | 9 |
| 6. | Ratschlag Erweiterung Hochstrasse 100. Änderung Bebauungsplan Nr. 144. Änderung des bestehenden Bebauungsplans Nr. 144 Coop Schweiz (Areal), Güterstrasse, Thiersteinerallee, Hochstrasse, Uhlandstrasse und Tellstrasse und Anpassung Baulinien | 10 |
| 7. | Ratschlag bezüglich Änderung des Gesetzes betreffend die Tagesbetreuung von Kindern und Bericht zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Mitfinanzierung von Tagesheimen ohne Leistungsauftrag | 11 |
| 8. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P299 "Für die Einführung einer Jugendbewilligung im Kanton Basel-Stadt" | 13 |
| 10. | Motionen 1 und 2 | 14 |
| 9. | Neue Interpellationen. | 15 |
| 37. | Resolution betreffend Zusätzliche Grenzwächterinnen und Grenzwächter für die Grenzwachtkorps Region 1 | 17 |

11.	Anzüge 1 - 8	19
1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	24
12.	Beantwortung der Interpellation Nr. 22 Nora Bertschi betreffend Beratung für Asylsuchende im Kanton Basel-Stadt	25
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Verdoppelung und Optimierung Energieförderfonds	25
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 520 JSD, Staatsanwaltschaft, Personalaufwand	25
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 15 Dominique König-Lüdin betreffend ökologisierte Motorfahrzeugsteuer und ihre Umsetzung	26
16.	Beantwortung der Interpellation Nr. 21 Eduard Rutschmann betreffend die Polizei der Armee (Mil Sich) als Sofortmassnahmen gegen die horrend steigenden Kriminalität in unserem Kanton	26
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	29
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	33
	Anhang C: Neue Vorstösse	36

Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 15. Mai 2013, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.05.13 09:00:53, MGT]

Mitteilungen

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Mai-Sitzung und ich bitte Sie, sich für einige Mitteilungen zu setzen.

Hinschied Greta Schindler

Am 10. April 2013, dem Nachmittag unserer letzten Grossratssitzung, ist unsere Ratskollegin Greta Schindler gestorben.

Greta Schindler hat dem Grossen Rat seit 2007 angehört. Mit Greta Schindler verliert unser Parlament eine integre und integrierende Persönlichkeit, deren Fachkompetenz und soziales Engagement weit über die Fraktionsgrenzen hinweg anerkannt und geschätzt waren. Greta war eine Ratskollegin mit feinem Humor, die vielen von uns auch persönlich nahe stand. Ihre offene, klartextsprechende Art und einfach ihre Liebenswürdigeit werden dem ganzen Grossen Rat fehlen.

Den Angehörigen von Greta Schindler drücke ich unser Beileid aus. Ich bitte Sie, sich im Gedenken an Greta für einen Moment der Stille von ihrem Sitz zu erheben. *[Die im Saal und auf der Tribüne anwesenden Personen erheben sich]*

Neues Ratsmitglied

Den Sitz von Greta Schindler im Grossen Rat übernimmt **Toya Krummenacher**. Ich begrüsse Toya Krummenacher als neues Mitglied des Grossen Rates und wünsche ihr für ihre Aufgabe im Dienste unseres Kantons alles Gute *[Applaus]*.

Geburt von Wynne Marit Smit

Unsere zweite Ratssekretärin, Regine Smit, hat am 2. Mai 2013 ihre Tochter *Wynne Marit* geboren. Wir gratulieren der Mutter und der ganzen Familie und wünschen ihnen alles Gute. Regine Smit wird voraussichtlich an der November-Sitzung wieder bei uns sein. In der Zwischenzeit wird sie als Ratssekretärin von Sabine Canton vertreten.

Rücktritt des Ombudsmanns

Dieter von Blarer, der gemeinsam mit Beatrice Inglin-Buomberger teilzeitlich seit Januar 2006 die Funktion des baselstädtischen Ombudsmanns ausübt, tritt auf Ende 2013 von seinem Amt zurück. Wir werden Dieter von Blarer an einer der letzten Sitzungen des Jahres hier im Saal verabschieden.

Die Regelung der Nachfolge von Dieter von Blarer geht als Wahlgeschäft an die Wahlvorbereitungskommission, die für den Rest der laufenden Amtsdauer, also bis Ende 2017, dem Grossen Rat einen Wahlantrag stellen wird.

Mögliche Urkundenfälschung

Wie ich bereits an der letzten Sitzung bekannt gab, war auf der Motion Nr. 13.5060 betreffend Abschaffung eines Prozent-Quorums für die Grossratswahlen eine unbestrittenermassen falsche Unterschrift eines Ratsmitglieds angebracht. Das Ratsbüro hat diesen Sachverhalt im Rahmen seiner Ressourcen abgeklärt und ist zum Schluss gekommen, dass möglicherweise der Tatbestand der Urkundenfälschung gemäss Art. 251 des schweizerischen Strafgesetzbuches erfüllt ist. Entsprechend der Anzeigepflicht gemäss § 35 des kantonalen Einführungsgesetzes zur eidgenössischen Strafprozessordnung habe ich in Absprache mit dem Ratsbüro Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Die weitere Behandlung der Angelegenheit obliegt der Staatsanwaltschaft und nicht dem Grossen Rat.

Kulturgruppe

Der nächste Anlass der Kulturgruppe des Grossen Rates findet zusammen mit der Kulturgruppe des Landrats am 5. Juni statt. Interessenten können sich direkt bei Heiner Vischer anmelden.

Neue Interpellationen

Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellation Nr. 26 wird mündlich beantwortet.

Tagesordnung

Resolutionsentwurf der Fraktion SVP:

Resolution an die eidgenössischen Räte und den Bundesrat betreffend: "Mehr Sicherheit für die Grenzregionen! Zusätzliche Grenzwächterinnen und Grenzwächter für die Grenzwachtkorps Region 1"

Im Jahr 2012 musste eine besorgniserregend starke Zunahme der Einbruchsdelikte festgestellt werden. Davon ganz besonders betroffen sind Regionen in Grenzlage - wie bspw. der Kanton Basel-Stadt. Die Situation ist aber für die gesamte Grenzregion 1 (Grenzregionen in der Nordwestschweiz) alarmierend. Die Zunahme der Einbruchsdelikte im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 beträgt im Kanton Aargau 12%, im Kanton Basel-Landschaft 30% und im Kanton Basel-Stadt 64%.

Die durch das Bundesparlament bereits bewilligte Grenzwachtkorps-Aufstockung um 24 zusätzliche Stellen ist zu begrüßen. Die Arbeit des Grenzwachtkorps im Einsatz gegen die Einbruchskriminalität unerlässlich und ausgesprochen hilfreich.

Besorgt nehmen wir Kenntnis, dass der Bundesrat offenbar plant, diese zusätzlichen Grenzwächterinnen und Grenzwächter v.a. in der Westschweiz und im Tessin einzusetzen und die Nordwestschweiz nur situativ zu unterstützen. Ein entsprechender Appell der Sicherheitsdirektoren der Kantone Aargau (Regierungsrat Dr. Urs Hoffmann), Basel-Landschaft (Regierungsrat Isaac Reber) und Basel-Stadt (Regierungsrat Baschi Dürr) an den Bundesrat, dass die Grenzwachtkorps Region 1 ebenfalls berücksichtigt wird, wurde von der zuständigen Bundesrätin, Eveline Widmer Schlumpf, negativ beantwortet.

Der Grosse Rat von Basel-Stadt fordert daher die eidgenössischen Räte und den Bundesrat auf, bei der Verteilung der zusätzlich gesprochenen 24 Stellen für das Grenzwachtkorps die Region 1 angemessen zu berücksichtigen und bei weiteren personellen Aufstockungen des Grenzwachtkorps den Schwerpunkt auch auf die Region 1 zu legen.

Voten: Tanja Soland (SP); Joël Thüring (SVP); Eric Weber (fraktionslos); Urs Müller (GB)

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Wir stimmen jetzt darüber ab, ob die Resolution überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Falls Sie die Resolution auf die Tagesordnung setzen, werden wir sie heute Nachmittag nach den neuen Interpellationen behandeln. Zur Verabschiedung ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich.

Abstimmung

zur Traktandierung des Resolutionsentwurfs der SVP

JA heisst Traktandierung der Resolution, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 38 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 122, 15.05.13 09:21:21]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **zuzustimmen**.

Die Resolution wird als neues Traktandum 37 auf die Tagesordnung gesetzt und heute Nachmittag nach den neuen Interpellationen traktandiert.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[15.05.13 09:21:48, ENG]

Zuweisungen

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Namens des Ratsbüros beantrage ich Ihnen, das Geschäft 13.0190.01, den Ratschlag bezüglich Änderung des Gesetzes betreffend die Tagesbetreuung von Kindern und Bericht zu einem Anzug der Finanzkommission zum Mitbericht zu überweisen. Sie haben den Ratschlag an der letzten Sitzung der BKK überwiesen und die BKK hat das Geschäft auf heute traktandieren lassen.

Der Ratschlag enthält zwei Grossratsbeschlüsse, nämlich eine Gesetzesänderung und einen Nachtragskredit in der Höhe von 195'000 CHF.

Gemäss FHG § 15 Abs. 2 entscheidet der Grosse Rat jeweils auf Antrag der Finanzkommission über Nachtragskredite. Der Ratschlag hätte deshalb auch der Finanzkommission (zum Mitbericht) überwiesen werden müssen.

Die Finanzkommission hat sich kulanterweise auf dem Zirkularweg mit dem Geschäft befasst und ich beantrage Ihnen, den Ratschlag nachträglich der Finanzkommission zum Mitbericht zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Ratschlag bezüglich Änderung des Gesetzes betreffend die Tagesbetreuung von Kindern und Bericht zu einem Anzug (13.0190.01) der **Finanzkommission zum Mitbericht** zu überweisen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Stopp der Lichtverschmutzung auch in Basel-Stadt (stehen lassen) (WSU, 10.5203.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Elisabeth Ackermann und Konsorten betreffend Energetischer Mindestanforderungen für alle Gebäude (stehen lassen) (WSU, 10.5165.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Fussgängerzone Eisengasse - Marktplatz - Stadthausgasse (stehen lassen) (BVD, 11.5048.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Verbreiterung der Passerelle des Bahnhofs SBB zwecks Behebung der Kapazitätsengpässe (stehen lassen) (BVD, 09.5108.03)

- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Priorität der Buslinien 80/81 am Aeschenplatz (BVD, 13.5012.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend illegaler Plakatierungen (BVD, 13.5055.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke (BVD, 13.5057.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Politikverdrossenheit (PD, 13.5061.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Neu-Grossräte sind nur Grossräte zweiter Klasse (PD, 13.5062.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Regierungseinladung an die Fasnacht (PD, 13.5063.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte (PD, 13.5064.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend kostenloses Tram für alle Parlamentarier (PD, 13.5066.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Sicherheitsvorkehrungen beim Kanton Basel-Stadt (PD, 13.5067.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Grossräte, die nicht richtig Deutsch sprechen und gar nicht schreiben können - ein Analphabet in unseren Reihen im Parlament (PD, 13.5083.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Infoblatt für alle Grossräte (PD, 13.5084.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Normal-Bürger, für Otto-Normalverbraucher (PD, 13.5121.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Atila Toptas betreffend Konsum von Energy-Drinks (GD, 13.5011.02)
- Bericht des Regierungsrates betreffend Universitätsspital: Information über die Rechnung 2012 (GD, 13.0562.01)
- Bericht des Regierungsrates betreffend Felix Platter-Spital: Information über die Rechnung 2012 (GD, 13.0563.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend vollkommener Abbau der Zuweisungen betroffener Kinder an die Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR) durch das ED (ED, 13.5010.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend "Kundenfreundlichkeit Parkhaus City (FD, 13.5056.02)
- Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt für 2012 (13.5184.01)

3. Bericht der Regierungsrates betreffend Initiative für ein "Kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum (Vermummungsverbots-Initiative)" - Bericht über die rechtliche Unzulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

[15.05.13 09:23:20, JSD, 13.0006.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die formulierte Initiative für ein "Kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum (Vermummungsverbots-Initiative, 13.0006)" **für rechtlich unzulässig** zu erklären.

Für den Fall, dass der Grosse Rat oder ein Gericht die Initiative als zulässig erklären sollte, beantragt der Regierungsrat, ihm die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen.

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Fraktionsvoten

Joël Thüring (SVP): beantragt, die Initiative für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Zwischenfrage

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Lukas Engelberger (CVP/EVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Lukas Engelberger (CVP/EVP)*

Voten: *Nora Bertschi (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Nora Bertschi (GB)*

Voten: *Thomas Müry (LDP); Emmanuel Ullmann (GLP); Tanja Soland (SP)*

Zwischenfragen

Voten: *Roland Vögli (FDP); Tanja Soland (SP); Joël Thüring (SVP); Tanja Soland (SP)*

Voten: *David Jenny (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Christian von Wartburg (SP); René Brigger (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Abstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative

JA heisst Zustimmung zum Antrag Joël Thüring (rechtliche Zulässigkeit), NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 72 Nein. [Abstimmung # 123, 15.05.13 10:20:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP auf rechtliche Zulässigkeit der Initiative **abzulehnen**.

Schlussabstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 10 Nein. [Abstimmung # 124, 15.05.13 10:21:51]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 3'788 Unterschriften zustande gekommene formulierte Volksinitiative für ein "Kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum (Vermummungsverbots-Initiative)" wird für **rechtlich unzulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Ratschlag und Entwurf einer Änderung des Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) vom 29. Juni 2005

[15.05.13 10:22:02, WAK, WSU, 13.0434.01, RAT]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Ratschlag 13.0434.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Auf eine Überweisung an die Wirtschafts- und Abgabekommission wurde verzichtet.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Gesetz über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung

§ 2 lit. a und b

§ 4a (neu)

Römisch II, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 125, 15.05.13 10:25:45]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

der Änderung des Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Die Änderung des Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) ist im Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. Mai 2013 publiziert.
--

5. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) - Formell-gesetzliche Grundlage für die Gebührenpflichtigkeit von Tarifverfahren gemäss KVG

[15.05.13 10:26:03, GSK, GD, 12.1962.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1962.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission; RR Guy Morin, Vertreter des Vorstehers des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Rolf von Aarburg (CVP/EVP); Jürg Meyer (SP); Eduard Rutschmann (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Gesetz über die Krankenversicherung

§ 51a samt Titel D^{bis} (neu)

Römisch II, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 126, 15.05.13 10:45:13]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

der Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Die Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) ist im Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. Mai 2013 publiziert.
--

6. Ratschlag Erweiterung Hochstrasse 100. Änderung Bebauungsplan Nr. 144. Änderung des bestehenden Bebauungsplans Nr. 144 Coop Schweiz (Areal), Güterstrasse, Thiersteinallee, Hochstrasse, Uhlandstrasse und Tellstrasse und Anpassung Baulinien

[15.05.13 10:45:23, BRK, BVD, 12.1341.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1341.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); René Brigger (SP)*

Schlussvoten

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Änderung eines Bebauungsplans

Römisch II, Änderung der Bau- und Strassenlinien

Römisch III, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Rechtsmittelbelehrung

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 127, 15.05.13 10:57:12]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. Mai 2013 publiziert.
--

7. Ratschlag bezüglich Änderung des Gesetzes betreffend die Tagesbetreuung von Kindern und Bericht zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Mitfinanzierung von Tagesheimen ohne Leistungsauftrag

[15.05.13 10:57:20, BKK, ED, 13.0190.01 08.5258.03, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 13.0190.01 einzutreten und den vorgelegten Beschlussentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Heidi Mück (GB); Franziska Reinhard (SP)*

Einzelvoten

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich schlage Ihnen für die Beratung der beiden Grossratsbeschlüsse folgendes Vorgehen vor:

Wir bereinigen zuerst den ersten Grossratsbeschluss zur Änderung des Gesetzes, dann den zweiten Grossratsbeschluss zum Nachtragskredit.

Danach führen wir beide Schlussabstimmungen über diese Grossratsbeschlüsse durch.

Anschliessend werden wir den Antrag auf Abschreibung des Anzugs Brigitta Gerber und Konsorten beraten.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses I, Tagesbetreuungsgesetz

Titel und Ingress

Römisch I, Tagesbetreuungsgesetz

§ 9 Abs. 2

Römisch II, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses II zu einem Nachtragskredit

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Die Publikationsklausel fehlt im Beschlussentwurf und wird ergänzt.

Schlussabstimmung

zum Grossratsbeschluss I, Tagesbetreuungsgesetz

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. *[Abstimmung # 128, 15.05.13 11:19:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

der Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Juli 2013 wirksam.

Die Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes ist im Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. Mai 2013 publiziert.
--

Schlussabstimmung

zum Grossratsbeschluss II zu einem Nachtragskredit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 129, 15.05.13 11:20:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Erhöhung der ergänzenden Beiträge an die mitfinanzierten Tagesheime von 75% auf 80% der durchschnittlichen Tageskosten subventionierter Tagesheime wird für das Jahr 2013 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 195'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Antrag

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen, den Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Mitfinanzierung von Tagesheimen ohne Leistungsauftrag (08.5258) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 08.5258 ist **erledigt**.

8. Bericht der Petitionskommission zur Petition P299 "Für die Einführung einer Jugendbewilligung im Kanton Basel-Stadt"

[15.05.13 11:20:58, PetKo, 12.5211.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P299 "Für die Einführung einer Jugendbewilligung im Kanton Basel-Stadt" (12.5211) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Der Grund, dass wir überhaupt dieses Geschäft behandeln müssen ist, dass es formell nicht möglich ist, eine eingereichte Petition zurückzuziehen, da es - anders als bei den Volksinitiativen - nicht ein Initiativkomitee gibt, das befugt wäre, eine Petition zurückzuziehen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P299 (12.5211) ist **erledigt**.

10. Motionen 1 und 2

[15.05.13 11:22:21]

1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Abschaffung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank

[15.05.13 11:22:21, 13.5131.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 13.5131 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Lukas Engelberger (CVP/EVP); Kerstin Wenk (SP); Urs Müller (GB); Daniel Stolz (FDP); Patricia von Falkenstein (LDP); Joël Thüring (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 65 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 130, 15.05.13 11:47:39]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 13.5131 ist **erledigt**.

2. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Anpassung des öV-Gesetzes bezüglich Betrieb von Linienbussen mit 100% erneuerbaren Energieträgern

[15.05.13 11:47:48, 13.5135.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 13.5135 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Heiner Vischer (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

Voten: *Samuel Wyss (SVP); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

Fortsetzung der Beratungen zur Motion 2 siehe Seite 19.

Schluss der 10. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 15. Mai 2013, 15:00 Uhr

9. Neue Interpellationen.

[15.05.13 15:00:14]

Interpellation Nr. 26 Eric Weber betreffend Muriel Uebelhart - Basler Interessenvertreterin in Bern oder nur "Späherin"?

[15.05.13 15:00:14, PD, 13.5177.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5177 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 27 Jürg Meyer betreffend Verlegung der Meldestelle für Todesfälle von der Rittergasse 11 im Zentrum der Stadt an die Hörnliallee 70 ab 1. Januar 2014

[15.05.13 15:16:48, BVD, 13.5180.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 28 Andrea Bollinger betreffend möglicher Bau einer Abfallbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen (D)

[15.05.13 15:17:06, WSU, 13.5182.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 29 Elisabeth Ackermann betreffend unterirdische Ringautobahn

[15.05.13 15:17:18, BVD, 13.5183.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 30 Andreas Zappalà betreffend zukünftige Nutzung des BASF-Areals

[15.05.13 15:17:27, FD, 13.5186.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 31 Salome Hofer betreffend Haus- und Geländebesetzungen in Basel

[15.05.13 15:17:37, PD, 13.5187.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Salome Hofer (SP)*

Interpellation Nr. 32 Urs Müller-Walz betreffend Investition Margarethenstich und Durchmesserlinie via Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof

[15.05.13 15:19:38, BVD, 13.5188.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Urs Müller (GB)*

Interpellation Nr. 33 Daniel Jansen betreffend zum Verkauf stehende Parzellen auf dem BASF-Areal

[15.05.13 15:21:35, FD, 13.5203.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 34 Eduard Rutschmann betreffend Schliessung Kunstmuseum

[15.05.13 15:21:46, PD, 13.5204.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*

Interpellation Nr. 35 Thomas Gander betreffend Projektwettbewerb "Umgestaltung Landhof-Areal"

[15.05.13 15:23:34, BVD, 13.5205.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 36 Remo Gallacchi betreffend Ausbildungs- und Forschungsreaktor der Uni Basel

[15.05.13 15:23:47, ED, 13.5206.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 37 Markus Lehmann betreffend in welche Richtung zielen die IWB, ist die Aufsicht gewährleistet?

[15.05.13 15:23:58, WSU, 13.5207.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

37. Resolution betreffend Zusätzliche Grenzwächterinnen und Grenzwächter für die Grenzwachtkorps Region 1

[15.05.13 15:24:15]

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Die Fraktion SVP hat einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt. Der Resolutionstext liegt Ihnen vor.

Der Grosse Rat hat die Behandlung der Resolution zu Beginn der Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt und terminiert.

Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Voten: *Martina Bernasconi (GLP); Joël Thüring (SVP); Tanja Soland (SP)*

Conradin Cramer, Grossratspräsident: An der redigierten und verteilten Vorlage wird eine folgende Änderung vorgenommen.

Er erste Satz lautet: *Besorgt nehmen wir Kenntnis, dass der Bundesrat offenbar plant, **die vom Parlament bewilligten zusätzlichen 24** zusätzlichen Grenzwächterinnen und Grenzwächter vor allem in der Westschweiz und im Tessin einzusetzen [...]*

Abstimmung

Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelmehr.

JA heisst Zustimmung zur Resolution, NEIN heisst Ablehnung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen. [*Abstimmung # 131, 15.05.13 15:28:35*]

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu verabschieden.

Das erforderliche Zweidrittelmehr gemäss § 54 der Geschäftsordnung wurde erreicht.

Die gefasste Resolution wird ins Protokoll aufgenommen und umgehend in Form einer Medienmitteilung publiziert.

Die Resolution lautet:

Besorgt nehmen wir Kenntnis, dass der Bundesrat offenbar plant, die vom Parlament bewilligten zusätzlichen 24 zusätzlichen Grenzwächterinnen und Grenzwächter v.a. in der Westschweiz und im Tessin einzusetzen und die Nordwestschweiz nur situativ zu unterstützen. Ein entsprechender Appell der Sicherheitsdirektoren der Kantone Aargau (Regierungsrat Dr. Urs Hofmann), Basel-Landschaft (Regierungsrat Isaac Reber) und Basel-Stadt (Regierungsrat Baschi Dürr) an den Bundesrat, dass die Grenzwachtkorps Region 1 ebenfalls berücksichtigt wird, wurde von der zuständigen Bundesrätin, Eveline Widmer-Schlumpf, negativ beantwortet.

Der Grosse Rat von Basel-Stadt fordert daher die eidgenössischen Räte und den Bundesrat auf, bei der Verteilung der zusätzlich gesprochenen 24 Stellen für das Grenzwachtkorps die Region 1 angemessen zu berücksichtigen und bei weiteren personellen Aufstockungen des Grenzwachtkorps den Schwerpunkt auch auf die Region 1 zu legen.

2. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Anpassung des öV-Gesetzes bezüglich Betrieb von Linienbussen mit 100% erneuerbaren Energieträgern (Fortsetzung)

[15.05.13 15:28:50]

Fortsetzung der Beratungen

Voten: *Anita Lachenmeier (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Remo Gallacchi (CVP/EVP); Anita Lachenmeier (GB); Heiner Vischer (LDP); Anita Lachenmeier (GB)*

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP); Eduard Rutschmann (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP); Karl Schweizer (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

Voten: *Urs Müller (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Murat Kaya (FDP); Urs Müller (GB)*

Schlussvoten

Voten: *Jörg Vitelli (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Karl Schweizer (SVP); Jörg Vitelli (SP); Heiner Vischer (LDP); Jörg Vitelli (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 132, 15.05.13 15:50:07]

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 13.5135 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

Besuch auf der Zuschauertribüne

ich freue mich, auf der Tribüne 15 Praktikantinnen und Praktikanten des Erziehungsdepartementes begrüssen zu dürfen, welche heute unseren Verhandlungen folgen. [Applaus]

11. Anzüge 1 - 8

[15.05.13 15:50:44]

1. Anzug Daniel Goepfert und Konsorten betreffend eine genossenschaftliche Hochhaussiedlung Rheingarten

[15.05.13 15:50:44, 13.5124.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5124 entgegenzunehmen.

Andreas Zappalà (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Andreas Albrecht (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Andreas Albrecht (LDP)*

Voten: *Karl Schweizer (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Urs Müller (GB); Karl Schweizer (SVP)*

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); René Brigger (SP); Jörg Vitelli (SP)*

Daniel Goepfert (SP): beantragt, den Anzug im Falle der Überweisung nicht dem Regierungsrat, sondern der Bau- und Raumplanungskommission zu überweisen.

Voten: *Andreas Albrecht (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung an die Bau- und Raumplanungskommission, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 32 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 133, 15.05.13 16:16:40]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5124 einzutreten und ihn **der Bau- und Raumplanungskommission zu überweisen.**

2. Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Erhalt der Gewerbeflächen auf dem Lysbüchelareal

[15.05.13 16:16:50, 13.5125.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5125 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 13.5125 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Murat Kaya und Konsorten betreffend Kürzung der Subventionen für thermische Sonnenkollektoranlagen

[15.05.13 16:17:11, 13.5130.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5130 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 13.5130 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Befreiung sauberer Elektroroller von der Parkgebühr

[15.05.13 16:17:32, 13.5136.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 13.5136 entgegenzunehmen.

Voten: *Christian von Wartburg (SP); Andreas Ungricht (SVP); RR Baschi Dürr, Vertreter des Vorstehers des Bau- und Verkehrsdepartements; Andreas Sturm (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 25 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 134, 15.05.13 16:22:34]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5136 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Beseitigung eines gesetzgeberischen Versehens bezüglich Grundbuchverordnung

[15.05.13 16:22:43, 13.5137.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5137 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 13.5137 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend ökologischer Fussabdruck in Basel-Stadt messen

[15.05.13 16:23:05, 13.5138.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5138 entgegenzunehmen.

Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Andreas Ungricht (SVP)*

Voten: *Dominique König (SP); Michael Wüthrich (GB); Patrick Hafner (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Patrick Hafner (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *Mirjam Ballmer (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 26 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 135, 15.05.13 16:42:17*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5138 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend eine nach sprachlicher Herkunft ausgeglichene Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf die neu geschaffenen Schulkreise bzw. auf die Schulklassen

[15.05.13 16:42:26, 13.5139.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5139 entgegenzunehmen.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Daniel Stolz (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Oswald Inglin (CVP/EVP); Franziska Roth (SP); Martina Bernasconi (GLP); Heidi Mück (GB); Christine Wirz (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Christine Wirz (LDP)*

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Sibel Arslan (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Sibel Arslan (GB)*

Schlussvoten

Voten: *Sibylle Benz (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 34 Nein, 13 Enthaltungen. [Abstimmung # 136, 15.05.13 17:18:49]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 13.5139 ist **erledigt**.

8. Anzug Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend gemeinsame Partnerschaft mit Swisspeace

[15.05.13 17:19:19, 13.5141.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 13.5141 entgegenzunehmen.

David Jenny (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP); Elias Schäfer (FDP); Ruedi Rechsteiner (SP); David Jenny (FDP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 137, 15.05.13 17:29:55]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 13.5141 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.05.13 17:30:05, MGT]

Mitteilung

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Die Sitzung am kommenden Mittwoch, 22. Mai 2013, um 09.00 Uhr findet statt.

Ich beantrage Ihnen eine Ergänzung der Tagesordnung, nämlich die Ansetzung der Ersatzwahl in die Finanzkommission für die verstorbene Greta Schindler.

Die Ersatzwahl hätte auf heute traktandiert werden sollen, was aufgrund eines Missverständnisses unterblieben ist.

Das Geschäft ist auf nächsten Mittwoch, 09.00 Uhr zu terminieren.

Für die Änderung der Tagesordnung ist die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs erforderlich.

Abstimmung

über die zusätzliche Traktandierung der Ersatzwahl eines Mitglieds des Finanzkommission (Zweidrittelmehr).
JA heisst Zustimmung zur Traktandierung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 138, 15.05.13 17:32:07]

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu ändern und am Mittwoch, 22. Mai 2013, 09.00 als zusätzliches Traktandum 38 die Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission vorzunehmen.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: ich weise Sie darauf hin, dass gemäss § 14 der Geschäftsordnung die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert bleibt. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche Mitglieder der Fraktion SP betreffen.

12. Beantwortung der Interpellation Nr. 22 Nora Bertschi betreffend Beratung für Asylsuchende im Kanton Basel-Stadt

[15.05.13 17:33:03, WSU, 13.5150.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5150 ist **erledigt**.

13. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Verdoppelung und Optimierung Energieförderfonds

[15.05.13 17:33:36, WSU, 10.5166.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5166 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5166 ist **erledigt**.

14. Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 520 JSD, Staatsanwaltschaft, Personalaufwand

[15.05.13 17:34:03, JSD, 12.5365.02, SBP]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben 12.5365.02 einzutreten und das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen.

Voten: *Christian von Wartburg (SP); Thomas Strahm (LDP); Lukas Engelberger (CVP/EVP); Joël Thüring (SVP); Urs Müller (GB); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 5 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 139, 15.05.13 17:48:34]

Der Grosse Rat beschliesst

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulates Lukas Engelberger und Konsorten werden im Budget 2013 des Justiz- und Sicherheitsdepartements zusätzlich CHF 599'000 eingestellt.

(Position 5200).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Das Budgetpostulat 12.5365 ist **erledigt**.

15. Beantwortung der Interpellation Nr. 15 Dominique König-Lüdin betreffend ökologisierte Motorfahrzeugsteuer und ihre Umsetzung

[15.05.13 17:48:52, JSD, 13.5105.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Dominique König (SP)*

Erklärung des Regierungsrates gemäss § 39 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 13.5105 ist **erledigt**.

16. Beantwortung der Interpellation Nr. 21 Eduard Rutschmann betreffend die Polizei der Armee (Mil Sich) als Sofortmassnahmen gegen die horrend steigenden Kriminalität in unserem Kanton

[15.05.13 17:56:28, JSD, 13.5142.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 13.5142 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Atilla Toptas betreffend Psychologieberufsgesetz (13.5201.01)
- Schriftliche Anfrage Sabine Suter betreffend die Zugänglichkeit der Tribüne des Grossratssaals (13.5217.01)
- Schriftliche Anfrage Urs Müller betreffend Isteinerbad soll offen bleiben (13.5221.01)

sowie 17 Schriftliche Anfragen von Eric Weber betreffend

- Gutschein für kostenfreien Sex. Wie sieht das Basel-Stadt? Wa wird diesbezüglich für die Behinderten gemacht? (13.5189.01)
- Frust-Abbau über Schriftliche Anfragen. Wer hat die Oberaufsicht über die Schriftlichen Anfragen? (13.5190.01)
- Etiketten-Schwindel bei erleichterter Einbürgerung von ausländischen Sportlern in der Schweiz (13.5191.01)
- Schafft die Bürgergemeinde Basel ab, das ist ein alter, nicht mehr moderner Zopf, das muss doch weg (13.5192.01)
- Neues Wahlgesetz für den Grossen Rat. Sollte es zu einem neuen Kanton Basel kommen, wie sind die Planungen? (13.5193.01)
- Türken-Moslem-Stand jeden Samstag auf dem Claraplatz. Warum ist das so der Fall? Was soll das bitteschön? Das geht zu weit (13.5194.01)
- BVB-Anzeigen, Bus 55, den es nicht anzeigt. Warum ist das der Fall? (13.5195.01)
- Warum unternimmt die Polizei nichts gegen linke Chaoten? Fotos von allen Basler Zivilfahndern in der Zeitung Aufbau (13.5196.01)
- Verdrecktes Basel. Es wird immer schlimmer, warum unternimmt Basel nichts dagegen? (13.5197.01)
- BVB-Personal, das von Schwarzfahrern geschlagen wird (13.5198.01)
- 500 Jahre Rathaus. Was ist für den Festanlass geplant? (13.5199.01)
- Was hält sich alles in Basel versteckt? Welche internationalen Firmen sind bei uns in der Stadt? (13.5200.01)
- Verhaltenskodex für die Basler Regierung (13.5209.01)
- Verbotene Liebesschlösser am Käppelijoch auf der Mittleren Rheinbrücke (13.5210.01)
- Sinnlose Stolpersteine in Basel (13.5211.01)
- Toter im Badischen Bahnhof vom 8. Mai 2013 (13.5212.01)
- Überfall bei der Clarapost am Samstag, 13. April 2013 (13.5213.01)

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 11. Sitzung

18:02 Uhr

Basel, 15. Mai 2013

Conradin Cramer
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 122 - 136	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136
1	Beatriz Greuter (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	E
2	Sibylle Benz (SP)	N	N	J	J	J	J	J	A	N	A	J	J	J	J	J
3	Philippe Machereel (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	N	N	J	J	J	A	J	J	N	J	J	J	A	J	J
6	Otto Schmid (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	E	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	N	N	J	J	A	J	A	J	N	A	J	J	J	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	N	A	J	A	J	J	A	J	J	N	N	J	N	N
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	N	N	A	E
11	Christoph Holenstein (FDP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	N	J	N	N
12	Murat Kaya (FDP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	E	J	E	E
13	David Jenny (FDP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	N	N	E	N
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	A	N	N	J	N	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
16	Roland Lindner (SVP)	J	A	A	A	A	J	J	J	A	A	A	N	J	N	N
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J
18	Michael Wüthrich (GB)	N	N	J	J	A	A	J	J	N	J	J	J	J	J	E
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	J	J	J	A	J	J	N	J	J	J	N	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	N	J	J	J	A	J	A	N	J	N	N	J	N	N
23	Michael Koechlin (LDP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	N	J	J	N
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N	J	N
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	N	J	J	A	J	A	J	N	A	N	N	A	J	N
26	Aeneas Wannier (GLP)	J	N	J	A	J	A	J	A	J	A	A	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	N	J	J	J	J	J	E	J	J	J	E	J	J	N
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	E
29	Daniel Goepfert (SP)	N	N	J	J	J	J	A	J	N	J	J	J	J	J	J
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	N	N	J	J	J	J	A	J	N	J	J	J	E	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	A	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	J	J	J	J	J	J
35	Toya Krummenacher (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
36	Stephan Luethi (SP)	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
37	Leonhard Burckhardt (SP)	N	A	J	J	J	J	J	J	N	J	J	A	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	N	A	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	N	N	J	J	J	J	A	J	N	J	J	J	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
42	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	N	J	J	J	E	E	J	J	N	N	N	N	N
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	N	J	N	N	N	N	N
46	Sibel Arslan (GB)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	A	J	J
47	Brigitta Gerber (GB)	E	N	J	J	J	J	J	J	N	A	J	J	J	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	N	J	J	J	J	A	A	N	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	N	J	J	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	N
52	Christian Egeler (FDP)	J	N	J	J	J	E	J	J	J	J	E	J	J	N	N
53	Elias Schäfer (FDP)	J	N	A	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	N
54	Christine Wirz (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	J	N	N	J	A	N

Sitz	Abstimmungen 137 - 139	137	138	139
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	E
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	A
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	N
8	René Brigger (SP)	J	J	E
9	Christophe Haller (FDP)	N	A	A
10	Ernst Mutschler (FDP)	N	J	J
11	Christoph Holenstein (FDP)	N	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	E	J	J
13	David Jenny (FDP)	N	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	N	J	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	A	A	A
16	Roland Lindner (SVP)	N	J	J
17	Bruno Jagher (SVP)	N	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	A	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	N	J	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	J	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	J	J	A
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	E
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	J	J	J
36	Stephan Luethi (SP)	A	A	A
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	N
38	Seyit Erdogan (SP)	J	A	A
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	A	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	A	A	A
42	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	A
43	Andreas Ungricht (SVP)	N	J	J
44	Joël Thüning (SVP)	N	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	N	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	J
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	N	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	N	J	J
54	Christine Wirz (LDP)	N	J	J

Sitz	Abstimmungen 137 - 139	137	138	139
55	Heiner Vischer (LDP)	N	J	J
56	Thomas Mury (LDP)	N	J	A
57	Markus Lehmann (CVP/EVP)	A	A	J
58	Helen Schai (CVP/EVP)	J	A	J
59	André Weissen (CVP/EVP)	J	J	J
60	Emmanuel Ullmann (GLP)	A	J	J
61	Martina Bernasconi (GLP)	A	A	A
62	Mustafa Atici (SP)	J	J	N
63	Tanja Soland (SP)	J	J	J
64	Martin Luchinger (SP)	J	J	N
65	Gülsen Oeztürk (SP)	J	J	J
66	Kerstin Wenk (SP)	J	J	J
67	Atilla Toptas (SP)	J	A	J
68	Franziska Reinhard (SP)	J	J	A
69	Sarah Wyss (SP)	J	J	J
70	Sabine Suter (SP)	J	J	J
71	Daniel Jansen (SP)	A	A	A
72	Mirjam Ballmer (GB)	A	J	J
73	Heidi Mück (GB)	J	A	J
74	Urs Müller (GB)	J	J	J
75	Talha Ugur Camlibel (GB)	J	J	J
76	Samuel Wyss (SVP)	N	J	J
77	Karl Schweizer (SVP)	N	A	J
78	Oskar Herzig (SVP)	A	A	A
79	Toni Casagrande (SVP)	N	J	J
80	Peter Bochsler (FDP)	N	J	J
81	Urs Schweizer (FDP)	N	A	A
82	Roland Vögtli (FDP)	A	A	A
83	Felix Eymann (LDP)	A	A	A
84	André Auderset (LDP)	A	A	A
85	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	J	J	J
86	Pasqualine Balmelli (CVP/EVP)	J	J	J
87	Eric Weber (fraktionslos)	A	A	A
88	Martin Gschwind (fraktionslos)	A	A	A
89	Salome Hofer (SP)	J	J	J
90	Franziska Roth (SP)	J	A	J
91	Eduard Rutschmann (SVP)	N	J	J
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	N	J	J
93	Conradin Cramer (LDP)	P	P	P
94	Thomas Strahm (LDP)	N	J	J
95	Andreas Zappalà (FDP)	N	J	J
96	Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)	A	A	A
97	Rolf von Aarburg (CVP/EVP)	J	J	J
98	Thomas Grossenbacher (GB)	J	J	A
99	Andreas Sturm (GLP)	N	J	J
100	Helmut Hersberger (FDP)	N	J	J

J	JA	52	73	67
N	NEIN	27	0	5
E	ENTHALTUNG	1	0	3
A	ABWESEND	19	26	24
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1

	Total	100	100	100
--	--------------	-----	-----	-----

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV). Formell-gesetzliche Grundlage für die Gebührenpflichtigkeit von Tarifverfahren gemäss KVG	GSK	GD	12.1962.02
2.	Ratschlag und Entwurf einer Änderung des Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) vom 29. Juni 2005	WAK	WSU	13.0434.01
3.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P299 "Für die Einführung einer Jugendbewilligung im Kanton Basel-Stadt"	PetKo		12.5211.02
4.	Bericht der Regierungsrates betreffend Initiative für ein "Kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum (Vermummungsverbots-Initiative)". Bericht über die rechtliche Unzulässigkeit und zum weiteren Vorgehen		JSD	13.0006.01
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Verdoppelung und Optimierung Energieförderfonds		WSU	10.5166.03
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Kissling-Rebholz und Konsorten betreffend Sicherheitsmassnahmen in der Inzlingerstrasse in Riehen		BVD	10.5357.02
7.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Guido Vogel und Konsorten betreffend Unterhalt der Wege in den Langen Erlen		BVD	10.5137.03
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Schulfach "Geschichte der Religionen"		ED	11.5069.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Integration ab der ersten Stunde		PD	11.5067.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern		PD	11.5057.02
11.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Intensivierung der Aktivitäten in der Kulturvermittlung		PD	10.5244.02
12.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Geber und Konsorten betreffend Managing Diversity im Personalwesen der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt		FD	11.5060.02
Überweisung an Kommissionen				
13.	Ratschlag und Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) / Totalrevision Allmendgesetz sowie Beantwortung des Anzugs Heidi Mück und Konsorten betreffend grosszügiger Regelungen für Strassenfeste im Allmendgesetz und in den Bespielungsplänen	BRK	BVD	12.0204.01 11.5175.02
14.	Ratschlag Magnolienpark. Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Aufhebung eines Bebauungsplans, Änderung des Wohnanteils sowie Änderung der Bau- und Strassenlinien im Bereich nördlich der Gellertstrasse (Magnolienpark)	BRK	BVD	13.0447.01
15.	Sanierung Kunsteisbahn Eglisee. Ausgabenbericht für die Projektierung	JSSK	BVD	13.0454.01
16.	Ratschlag zu einer Änderung der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und einer Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vom 21. April 1994 und Beantwortung einer Motion	JSSK	PD	13.0303.01 11.5253.03
17.	Ratschlag zu einer Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 26. Juni 1996 (EG GIG) und Beantwortung einer Motion	JSSK	PD	13.0427.01 09.5070.03
18.	Rücktritt des Ombudsmans Dieter von Blarer per Ende 2013 (auf den Tisch des Hauses)	WVKo		13.5176.01

19.	Petition P314 "Zugunsten von sozial Benachteiligten. Für den Abbau von Hürden zu Bildung, Kultur und Freizeitbeschäftigung"	PetKo		13.0541.01
An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung				
20.	Anzüge:			
	a) Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Unterstützung für den Neubau eines Tierheims des Tierschutzes beider Basel			13.5170.01
	b) René Brigger und Konsorten betreffend massgeblicher Berücksichtigung des gemeinnützigen Wohnungsbaus bei der Hafен- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen			13.5171.01
	c) Thomas Gander und Konsorten betreffend einer Gegenüberstellung und Bewertung der Statistiken und Berichte zur Sicherheitslage in Basel-Stadt und Entwicklung eines Monitorings			13.5173.01
	d) Christian von Wartburg und Konsorten betreffend verstärkte Präventionsarbeit in den Schulen			13.5174.01
	e) Christian von Wartburg und Konsorten betreffend die Erstellung einer eigenen Basler Panic App			13.5175.01
	f) Daniel Goepfert und Konsorten betreffend Verbesserung der grenzüberschreitenden Tarifangebote im öffentlichen Verkehr			13.5181.01
21.	Motionen:			
	a) Tanja Soland und Konsorten betreffend Einsetzung einer Kommission für Sicherheits- und Präventionsfragen			13.5172.01
	b) Elias Schäfer und Konsorten betreffend Rechtssicherheit für Gastwirtschaftsbetriebe			13.5179.01
22.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Revision des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 16. Februar 1998. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	GSK	GD	12.0626.02
23.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Adreas Zappalà zur zeitgemässenen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten		PD	12.5374.02
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend "überproportionale Einsparungen bei den staatlichen Museen"		PD	11.5064.02
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten Beitritt der Stadt Basel zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus		PD	11.5059.02
26.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen		BVD	12.5375.02
27.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz		BVD	12.5376.02
28.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Erhöhung der Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zur direkten Bussenerhebung bei Verstössen gegen das kantonale Übertretungsstrafgesetz		JSD	12.5377.02
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Erleichterung der Einbürgerungen		JSD	11.5051.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici betreffend Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern		ED	11.5068.02

Kenntnisnahme

31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Stopp der Lichtverschmutzung auch in Basel-Stadt (stehen lassen)	WSU	10.5203.03
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Elisabeth Ackermann und Konsorten betreffend Energetischer Mindestanforderungen für alle Gebäude (stehen lassen)	WSU	10.5165.03
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Fussgängerzone Eisengasse – Marktplatz – Stadthausgasse (stehen lassen)	BVD	11.5048.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Verbreiterung der Passerelle des Bahnhofs SBB zwecks Behebung der Kapazitätsengpässe (stehen lassen)	BVD	09.5108.03
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Priorität der Buslinien 80/81 am Aeschenplatz	BVD	13.5012.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend illegaler Plakatierungen	BVD	13.5055.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke	BVD	13.5057.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Politikverdrossenheit	PD	13.5061.02
39.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Neu-Grossräte sind nur Grossräte zweiter Klasse	PD	13.5062.02
40.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Regierungseinladung an die Fasnacht	PD	13.5063.02
41.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte	PD	13.5064.02
42.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend kostenloses Tram für alle Parlamentarier	PD	13.5066.02
43.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Sicherheitsvorkehrungen beim Kanton Basel-Stadt	PD	13.5067.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Grossräte, die nicht richtig Deutsch sprechen und gar nicht schreiben können – ein Analphabet in unseren Reihen im Parlament	PD	13.5083.02
45.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Infoblatt für alle Grossräte	PD	13.5084.02
46.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Normal-Bürger, für Otto-Normalverbraucher	PD	13.5121.02
47.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Atila Toptas betreffend Konsum von Energy-Drinks	GD	13.5011.02
48.	Bericht des Regierungsrates betreffend Universitätsspital: Information über die Rechnung 2012	GD	13.0562.01
49.	Bericht des Regierungsrates betreffend Felix Platter-Spital: Information über die Rechnung 2012	GD	13.0563.01
50.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend vollkommener Abbau der Zuweisungen betroffener Kinder an die Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR) durch das ED	ED	13.5010.02
51.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend "Kundenfreundlichkeit Parkhaus City	FD	13.5056.02
52.	Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt für 2012		13.5184.01

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

a) Motion betreffend Einsetzung einer Kommission für Sicherheits- und Präventionsfragen

13.5172.01

Am 26. März 2013 wurde die Kriminalstatistik der Staatsanwaltschaft (PKS) Basel-Stadt von 2012 veröffentlicht und eine Zunahme der Anzeigen aus dem StGB von 23% festgestellt. Alleine aufgrund dieser Feststellung Massnahmen zu ergreifen, ist jedoch nicht sehr sinnvoll, da es sich nur um einen Aspekt der Sicherheitslage in Basel-Stadt handelt. Es besteht daher die Gefahr, dass man zu schnell und überhastet reagiert und sich nur von den jährlich schwankenden Zahlen der PKS leiten lässt.

Um auch langfristige effektive Massnahmen zu ergreifen, die präventiv wirken und in ein Gesamtkonzept eingebettet sind, braucht es mehr als nur Reaktionen auf eine Statistik. Sinnvoll wäre es, ein präventives Gesamtkonzept sowie Strategien zu entwickeln, um die Sicherheit in Basel-Stadt zu verbessern (vgl. dazu auch: Aebersold Peter, Prävention gegen Jugendgewalt, in: Heer/Heimgartner/Niggli/Thommen, Festschrift für Hans Wiprächtiger, Basel 2011, S. 451-468). Damit ein Gesamtkonzept und präventive Strategien entwickelt werden können, wäre die Bildung einer Kommission mit allen Fachleuten, die bereits jetzt im Sicherheitsbereich tätig sind und sich in irgendeiner Form mit dieser Thematik in Basel-Stadt auseinandersetzen, sinnvoll.

Die Kommission für Sicherheit und Präventionsfragen sollte sich dabei aus Fachleuten von innerhalb der Verwaltung (Kontrollseite: Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte; Soziale Dienste: Sozialhilfe, Bewährungshilfe, Spitäler, usw.) aber auch aus externen ExpertInnen (Kriminologen, Verein Neustart, Frauenhaus, JugendarbeiterInnen usw.) zusammensetzen. Die Kommission sollte sich themenspezifisch strukturieren und je nach Situation verschiedene Untergruppen bilden. Wichtig ist, dass die verschiedenen Akteure der Kontrollseite, der sozialen und psychologischen Seite sich miteinander austauschen und gemeinsame Konzepte und Strategien entwickeln. Damit es sich nicht nur um eine Reaktion auf eine Statistik handelt, muss die Kommission dauerhaft eingerichtet werden und als Grundlage auf alle Berichte und Statistiken zur Sache zurückgreifen. Gute Prävention ist koordiniert und langfristig angelegt und wird von allen Beteiligten mitgetragen und auch umgesetzt.

Die Unterzeichneten bitten daher den Regierungsrat zu prüfen, ob er die nötigen gesetzlichen Grundlagen erarbeiten kann, um eine Kommission für Sicherheit und Prävention einzurichten, die ein präventives Gesamtkonzept sowie Strategien für die Sicherheit in Basel-Stadt entwickelt.

Tanja Soland, Thomas Gander, Danielle Kaufmann, Otto Schmid, Christian von Wartburg, Brigitta Gerber, Nora Bertschi, Eduard Rutschmann, Salome Hofer

b) Motion betreffend Rechtssicherheit für Gastwirtschaftsbetriebe

13.5179.01

Schallemissionen von Gastwirtschaftsbetrieben sind in Basel-Stadt schon länger Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Strengere Lärmschutzaufgaben für alteingesessene Betriebe und eingeschränkte Öffnungszeiten für Gartenwirtschaften stossen dabei immer wieder auf breites Unverständnis und bedeuten für Gastwirtschaftsbetriebe eine erhebliche Rechtsunsicherheit.

Die bundesrechtlichen Vorgaben zum Lärmschutz verunmöglichen scheinbar eine bedarfsgerechte und allgemein nachvollziehbare Lärmschutzpraxis in unserem dicht besiedelten Kanton, die sowohl den Anliegen der Anwohner als auch den Bedürfnissen der Gastwirtschaftsbetriebe und ihrer Gäste angemessen Rechnung trägt. Verschiedene Vorstösse im Grossen Rat und eine Standesinitiative vermochten an dieser unbefriedigenden Situation bislang nichts zu ändern. Ebenso vermögen es auch die Verwaltungsrichtlinien Beurteilungsinstrument für Gastronomie-Sekundärlärm (GASBI) und Boulevardplan nicht, verbindliche Grundlagen zu schaffen, da sie im Falle einer Einzelfallbeurteilung vor Bundesrecht nicht bestehen.

Das Bundesrecht nennt für die Beurteilung der Schallemissionen durch Gäste oder Musik und für den aus der Bewirtung entstehenden Sekundärlärm keine Belastungsgrenzwerte. Vielmehr obliegt es den kantonalen Vollzugsbehörden, die Schallemissionen im Einzelfall zu beurteilen. Diese orientieren sich dabei an den Richtlinien des Cercle Bruit, der privaten Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute. Somit kommt den Vollzugsbehörden bei der Beurteilung der Schallemissionen von Gastwirtschaftsbetrieben im Einzelfall erheblicher Ermessensspielraum zu.

Angesichts der Tatsachen, dass bei der Beurteilung von Schallemissionen von Gastwirtschaftsbetrieben meist wenige Dezibel den Ausschlag über die Erteilung einer Bewilligung oder die Auflage zur Vornahme kostenintensiver Schallschutzmassnahmen geben und der Rechtsweg aufgrund von zu erbringenden Gutachten äusserst kostenintensiv ist, ist der Ermessensspielraum der Vollzugsbehörden im Sinne der Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit kritisch zu beurteilen. Zudem wird von den Vollzugsbehörden des Kantons Basel-Stadt bei der Einzelfallbeurteilung gemäss Cercle Bruit dem urbanen Charakter der gewerblich durchmischten Stadtquartiere und den damit einhergehenden besonderen Anforderungen an die Regelung der Schallemissionen kaum Rechnung getragen.

Die Unterzeichnenden sind der Ansicht, dass der Kanton Basel-Stadt unter Wahrung der Vorgaben des Bundesrechts die Beurteilungsgrundlagen hinsichtlich Belastungsgrenzwerte für Schallemissionen von Gastwirtschaftsbetriebe klären muss. Dazu sollen in Einklang mit der bundesrechtlichen Vorgabe der Lärmempfindlichkeitsstufen für Wohn- und Gewerbezone (Mischzone) die Grenzwerte der Lärmschutzverordnung des Bundes übernommen werden.

Dadurch werden Gastwirtschaftsbetrieben in den besagten Zonen klar definierte Emissionswerte zugestanden und ein erhöhtes Mass an Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit gewährleistet. Zugleich richtet sich die Ermittlung des tatsächlichen Emissionspegels weiterhin nach den Richtlinien von Cercle Bruit und sie obliegt den Vollzugsbehörden, ebenso wie die Einzelfallbeurteilung von Gastwirtschaftsbetrieben in Wohnzonen.

Der Regierungsrat wird daher im Sinn von § 42 der Geschäftsordnung des Grossen Rates beauftragt, § 11 des Umweltschutzgesetzes Basel-Stadt um folgenden Absatz zu ergänzen:

Für die dem Gesetz über das Gastgewerbe unterstellten Betriebe gelten für die Beurteilung des Immissionsschutzes gegenüber Dritten in den Zonen 4 bis 6 sowie in allen Zonen mit Gewerbeerleichterungen gemäss kantonalem Zonenplan die Planungsgrenzwerte der Empfindlichkeitsstufe III von Anhang 6 der Lärmschutzverordnung des Bundes.

Elias Schäfer, Tobit Schäfer, Mirjam Ballmer, Daniel Jansen, Kerstin Wenk, Daniel Stolz, Andreas Zappalà, Markus Lehmann, Sebastian Frehner, Aeneas Wanner, Christian von Wartburg, Patricia von Falkenstein, Alexander Gröflin, Lorenz Nägelin, Salome Hofer, Christoph Holenstein, Sarah Wyss, Karl Schweizer, Thomas Gander, Helmut Hersberger, Urs Schweizer, Martina Bernasconi, Otto Schmid, Christophe Haller, Sibel Arslan, David Jenny, Mustafa Atici, Beatriz Greuter, Franziska Reinhard, Christine Wirz-von Planta, Ernst Mutschler, Nora Bertschi, Brigitta Gerber, Heidi Mück, Samuel Wyss, Emmanuel Ullmann

Anzüge

a) Anzug betreffend einer Gegenüberstellung und Bewertung der Statistiken und Berichte zur Sicherheitslage in Basel-Stadt und Entwicklung eines Monitorings

13.5173.01

Die jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik liefert uns wertvolles und vergleichbares Zahlenmaterial zur Einschätzung der Sicherheitslage in Basel-Stadt und stellt eine Basis für die Entwicklung von Massnahmenvorschlägen dar.

Das punktuelle Aufreihen und Festhalten von Zahlenmaterial und deren Interpretation alleine jedoch bringt keine genügend aussagekräftigen Erkenntnisse, weder für die Behörden noch für die Politik und schon gar nicht für die Bevölkerung von Basel-Stadt. Die Folge können Massnahmen- und Gesetzesvorschläge sein, die einerseits eine Scheinsicherheit vorgeben, andererseits eine Verlagerung bzw. Anpassungen bewirken können und somit kontraproduktiv sind. Wichtige, bereits vorhandene Erkenntnisse aus Erhebungen und Studien unserer Stadt, werden nicht einander gegenübergestellt und auch eine mehrjährige Beobachtung der Sicherheitssituation - welche für eine sorgfältige Analyse unabdingbar ist - fehlt. Bei der Beurteilung von Sicherheit steht so die aktuelle Handlung im Zentrum und nicht die zugrundeliegenden Ursachen von Veränderungen und neuen Phänomenen (wie z.B. die Zunahme des Kriminaltourismus). Zeitdruck, ausgelöst durch öffentlichen und medialen Druck, wirken zudem als Motor, der einer sachlichen Debatte nicht dienlich ist.

Um Veränderungen des Sicherheitsempfindens und der Sicherheitslage sachlich interpretieren zu können, muss zunächst definiert werden, welche Faktoren unsere subjektive aber auch die allgemeine Sicherheit beeinflussen. Weiter muss differenziert werden, welche Formen von Gewalt (situative Gewalt, sozialisierte Gewalt, strukturelle Gewalt) und Delinquenz die Sicherheitslage unserer Stadt tangieren. So können Ängste der Bevölkerung ernst genommen werden und dennoch keine realitätsfremde und angststiftende Debatte geführt werden, die Gefahr läuft, untermauert durch unrealistische Idealbilder und dem fragwürdigen Prinzip der totalen Sicherheit, unsere persönlichen Freiheiten weiter einzuschränken.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, folgende Punkte zu prüfen und darüber zu berichten:

- Regelmässig eine sorgfältige Gegenüberstellung und Bewertung resp. Ausdifferenzierung der Statistiken und Berichte zur Sicherheitslage (Kriminalstatistik, Verurteilungsstatistik, etc.) und zum Sicherheitsempfinden (z.B. Bevölkerungsbefragung) in Basel-Stadt mit einer sauberen langfristigen und überkantonalen Vergleichbarkeit zu erstellen.
- Ein Monitoring, das einerseits die verschiedenen Einflüsse auf das Sicherheitsempfinden sowie die verschiedenen Bedrohungen definiert und die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Quartiere (Wohnungsdichte, Zugang ÖV, Soziale Strukturen) und der gesellschaftlichen Entwicklung einbezieht zu entwickeln. Daraus sollen interdisziplinäre und interdepartementale Interpretationen ableitbar sein und mit einer sorgfältigen Analyse der Ursachen Handlungsvorschläge entwickelt werden können.

Thomas Gander, Tanja Soland, Otto Schmid, Danielle Kaufmann, Christian von Wartburg, Elias Schäfer, Brigitta Gerber, Michael Koechlin, Nora Bertschi, Eduard Rutschmann

b) Anzug betreffend verstärkte Präventionsarbeit in den Schulen

13.5174.01

Jede Straftat im Gewaltbereich belastet den Kanton finanziell. Es besteht ein hoher Ermittlungsdruck, der personalintensiv und aufwändig ist. Es fallen zudem Kosten für das Gemeinwesen an, wenn die Opferhilfe und die SUVA Leistungen für das Opfer oder dessen Angehörige entrichtet müssen. Bei einer Aufklärung der Tat kommen Kosten für Untersuchungshaft und Vollzug hinzu.

In den letzten Jahren wurde zwar die Gerichtspraxis bezüglich der Sanktionen bei Gewalttaten deutlich verschärft und dies wurde auch kommuniziert. Es ist jedoch unklar, ob die drohenden hohen Strafen bei Gewalttaten generalpräventive Wirkung zeigen oder nicht.

Die Idee dieses Anzugs liegt darin, dass gerade bei Jugendlichen möglicherweise ein spezifischer zusätzlicher Ansatz in der Präventionsarbeit gute Dienste leisten könnte. Der neue Ansatz läge dabei darin, mit den jungen Menschen (vor allem den jungen Männern) in der Schule nicht nur über das Leid der Opfer und die drohenden Strafen zu reden, sondern über all die Konsequenzen, die eine Gewalttat für einen Täter und seine Familie neben der Strafe haben kann. So denken wohl die wenigsten daran, dass Straftaten nicht nur den Staat teuer zu stehen kommen, sondern dass diese auch für sie und ihre Familien enorme finanzielle Folgen haben können. Welcher Jugendliche weiss schon, dass die SUVA bei einer Verurteilung auf den Täter Regress nehmen wird und von diesem die Behandlungskosten und auch Rentenleistungen zurückfordern wird. Welcher Jugendliche weiss schon, wie hoch Verfahrenskosten sein können, was seine Verteidigerin kosten würde, oder wie hoch eine Genugtuung für das Opfer und die Parteientschädigung für eine Opferanwältin ausfallen können.

10 Sekunden, länger dauern Gewaltdelikte selten, können nicht nur das Leben eines Opfers für immer verändern, sondern auch dasjenige der Täter und deren Familien. Nicht nur droht lange Untersuchungshaft, eine harte Strafe, sondern auch langfristiger finanzieller Ruin.

Bei Ausländern kommt hinzu, dass sie, selbst wenn sie hier geboren sind, nach Verbüßung der Strafe ausgewiesen werden und sie ihre Zukunft in der Schweiz verlieren, obwohl ihre Familie hier lebt. Nicht nur Einbürgerungen rücken in weite Ferne, jegliche Perspektive in der Schweiz, ja gar im ganzen Schengen Raum ist verloren.

Wir stehen deshalb als Gesellschaft in der Verantwortung, unsere Jugendlichen nicht nur vor Strafen zu warnen, sondern sie auch über diese gewichtigen Folgen gut und deutlich aufzuklären.

Der Anzugsteller bittet deshalb den Regierungsrat, folgende Punkte zu klären und darüber zu berichten:

- a) Welche Art von Präventionsarbeit bezüglich Gewaltdelikte findet an den Schulen statt?
- b) Welchen Inhalt hat diese Präventionsarbeit?
- c) Über welche Folgen von Delikten wird informiert?
- d) Braucht es eine Verstärkung der Präventionsarbeit bezüglich der weniger bekannten zivil- und aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen?

Christian von Wartburg, Tanja Soland, Sibel Arslan, Thomas Gander, Elias Schäfer, Otto Schmid, Danielle Kaufmann, Urs Müller-Walz, Michael Wüthrich, Kerstin Wenk

c) Anzug betreffend die Erstellung einer eigenen Basler Panic App

13.5175.01

Im September 2012 hat die junge CVP die Idee einer Notfall "App" für Smartphones lanciert. Auf eine entsprechende Interpellation von Remo Gallacchi hat der Regierungsrat damals erklärt, dass es bei der bereits existierenden App der Kantonspolizei Basel-Stadt schon seit Inbetriebnahme Anfang Juli 2011 eine Notruf funktions gäbe. Hilfesuchende würden durch das Bewegen eines Schieberegler direkt mit der Einsatzzentrale verbunden. Im Weiteren seien bei der App der Kantonspolizei nicht nur die Notrufnummer 117 bzw. 112 vorprogrammiert, sondern auch die der Feuerwehr, der Sanität, der Rega, des toxikologischen Informationszentrums und die Notfallnummern der Ärzte und Apotheken beider Basel. Im Unterschied zur Notfall App der Rega erfolgt jedoch keine automatische Lokalisierung der anrufenden Personen mittels Erfassung der GPS Daten des Geräts. Als Grund dafür wurde vom Regierungsrat angeführt, dass eine Ortung in städtischen Gebieten deutlich erschwert und nicht mit dem Einsatzgebiet der Rega vergleichbar sei.

Klar erscheint dem Anzugsteller, dass gegenwärtig eine rasche Ortung eines Mobiltelefons auch im urbanen Bereich technisch möglich ist (vgl. bspw. die App "find my iphone"). Klar ist weiter, dass das subjektive Sicherheitsgefühl mit einer solchen App nur wirksam verbessert werden kann, wenn diese App auch zusätzliche Sicherheit bietet.

Neben der Ortungsmöglichkeit müsste deshalb diese App die Möglichkeit bieten, sie in unsicheren Situationen (bspw. Heimweg) "scharf" zu stellen. Ein einziger weiterer Knopfdruck (eventuell sogar nur ein starkes Schütteln des Geräts) würde dann ein akustisches Signal auslösen und dabei automatisch eine Notrufmeldung inklusive der GPS Daten des Geräts an die Polizei absenden. Weder das akustische Signal noch die Notrufmeldung könnten dabei von einem Dritten gestoppt werden. Einzig der Inhaber des Gerätes hätte in den ersten 20 Sekunden noch die Möglichkeit, mit einer Codeeingabe den Notruf zu stoppen.

Dem Einwand der Gefahr zu vieler Fehlalarme könnte man dadurch begegnen, dass jeder Benutzer dieser App sich bei der Polizei registrieren lassen müsste und dabei nicht nur sein Einverständnis für eine Ortung seines Geräts

geben würde, sondern sich auch vertraglich verpflichten würde, bei einem Fehlalarm eine pauschale Gebühr zu entrichten.

Auf diese Weise könnte man für eine spezifische Personengruppe eine Möglichkeit schaffen, sich zumindest ein bisschen sicherer zu fühlen. Zudem hätte bei entsprechender Kommunikation alleine die Existenz einer solchen App möglicherweise auch eine generalpräventive Wirkung, da sie das Risiko für Täter, erwischt zu werden, doch ziemlich erhöht.

Der Anzugsteller bittet deshalb den Regierungsrat, unverzüglich die Einführung einer Basler Panic App nach den dargelegten Ideen zu prüfen und, falls möglich, selber umzusetzen und in die lokale Polizeitaktik zu integrieren.

Christian von Wartburg, Tanja Soland, Sibel Arslan, Thomas Gander, Christophe Haller, Elias Schäfer, Lukas Engelberger, Otto Schmid, Danielle Kaufmann

d) Anzug betreffend Unterstützung für den Neubau eines Tierheims des Tierschutzes beider Basel

13.5170.01

Seit bald acht Jahren wird aus Kapazitätsgründen über ein neues Tierheim gesprochen. In der Zwischenzeit ist die neue Tierschutzverordnung in Kraft getreten, welche die Dringlichkeit für einen Neubau noch weiter erhöht hat. Es entstanden neue Vorschriften über die Boxengrösse und Haltung von Hunden, Katzen und Kleintieren und diese rechtlichen Auflagen müssen bis 2013 umgesetzt sein.

Die Kosten für dieses neue Kompetenzzentrum für Tiere betragen CHF 12.15 Millionen. Bislang sind per 31. März 2013 CHF 4.977 Millionen gesprochen oder zugesichert, unter anderem auch aus dem Swisslos-Fonds beider Basel je CHF 500'000. Doch das Neubauprojekt ist für den Verein mit seinen rund 3'500 Mitgliedern, fast 15'000 Spenderinnen und Spendern das grösste Vorhaben in seiner Geschichte.

Der Tierschutz beider Basel ist mit vielen Aktionen am Sammeln von Geldern für den Neubau. Leider ist es auf Grund der wirtschaftlich schwierigen Lage nicht mehr so einfach an Stiftungsgeldern zu kommen. Nach wie vor wird geprüft, wie die Baukosten gesenkt werden können.

Das Tier, vor allem das Haustier hat in der heutigen Gesellschaft an Bedeutung stark zugenommen. Die Tiere wurden zur Stütze des Menschen. Diesem neuen Umstand ist Rechnung zu tragen. Aus diesem Gesichtspunkt soll und kann sich Basel Stadt ein Tierheim leisten.

Alle Bestrebungen des Tierschutzes beider Basel mit dem Neubau sind so geplant, dass das Tierheim in Zukunft selbsttragend funktionieren kann.

Vor diesem Hintergrund bitten die Anzugsteller den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten ob und wie:

- der Kanton den Neubau des Tierheims Tierschutz beider Basel mit einem zinslosen Darlehen in der Höhe von CHF 6 Millionen unterstützen kann;
- der Kanton eine Defizitgarantie übernehmen kann.

Kerstin Wenk, Patrizia Bernasconi, Samuel Wyss, Karl Schweizer, Eduard Rutschmann, Heinrich Ueberwasser, Beatriz Greuter, Michel Rusterholtz, Joël Thüring, Oskar Herzig, Roland Vögtli, Brigitta Gerber, Mirjam Ballmer, Brigitte Heilbronner, Andrea Bollinger, Dominique König-Lüdin

e) Anzug betreffend massgeblicher Berücksichtigung des gemeinnützigen Wohnungsbaus bei der Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen

13.5171.01

Die Wohnbaugenossenschaften als stärkste Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus nach WFG (SR 842) sind im unteren Kleinbasel stark vertreten. Allein im unteren Kleinbasel besitzen 17 Wohngenossenschaften total über 100 Mehrfamilienhäuser, was geschätzt gegen 1'000 Wohnungen ergibt (Mozaik, 1/2013, Seite 14).

In der "Vision 3Land - Entwicklung einer trinationalen Teilstadt" (für 20'000 Personen) wurde am 25.09.2012 eine Planungsvereinbarung mit den Nachbarn in Deutschland und Frankreich unterzeichnet. Die weiteren Planungsschritte sind u. a. dort festgehalten. Es wird 2013 ein Planungskredit an den Grossen Rat in Aussicht gestellt. Der Mitwirkungsprozess mit der Quartierbevölkerung wird fortgesetzt resp. intensiviert werden. Der Anzug Beat Jans betr. Planung eines bahnbrechenden Ökostadtteils am Hafen ist bereits im März 2011 vom Grossen Rat überwiesen worden. Aufgrund des frühen und offenen Planungsstandes gibt es im direkt betroffenen Quartier Klybeck-Kleinhüningen grosse Bedenken. Es geistert auch der Begriff "Rheinhattan" in der Diskussion herum.

Neben den bereits im Anzug Jans deponierten ökologischen Überlegungen ist es jedoch wichtig, dass bei der zukünftigen Planung der gemeinnützige Wohnungsbau möglichst früh und direkt einbezogen wird. Ohne eine massgebliche Beteiligung des gemeinnützigen Wohnungsbaus an der Stadtentwicklung am Hafen ist dieses grosse Projekt nicht mehrheitsfähig. Der gemeinnützige Wohnungsbau bietet im Kanton Basel-Stadt Wohnungen an, welche gemäss kantonaler Mietpreisstatistik 30% günstiger sind als der private resp. renditeorientierte Wohnungsbau. Auch ist die Beteiligung der Mieter als Mitglieder stärker und deren Verankerung im Quartier ausgeprägter (tiefere Fluktuationsrate, wirtschaftliche Positionierung zwischen Miete und Eigentum).

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob

1. die bestehenden Wohnbaugenossenschaften im Quartier beim kommenden Mitwirkungsprojekt direkt und spezifisch zu kontaktieren sind und deren Vertretung stark in die weitere Planung einzubeziehen ist.
2. beim geplanten Wohnungsbau ein Mindestanteil für den gemeinnützigen Wohnungsbau angestrebt bzw. gar zugesichert werden kann.
3. davon ausgegangen werden kann, dass der Boden einerseits im Baurecht weitergegeben wird und andererseits die "Filetstücke" nicht überwiegend renditeorientierten Bauträgern übergeben werden.

René Brigger, Jörg Vitelli, Sibylle Benz, Daniel Jansen, Thomas Grossenbacher, Roland Lindner, Peter Bochsler, Mirjam Ballmer, Philippe P. Macherel, Daniel Goepfert, Brigitta Gerber

f) Anzug betreffend Verbesserung der grenzüberschreitenden Tarifangebote im öffentlichen Verkehr

13.5181.01

Für S-Bahn-, Tram- und Busreisende ist die Situation im grenzüberschreitenden Nahverkehr schwierig. Die Abonnements des TNW und das GA sind im trinationalen Raum nicht gültig. Es ist auch kein Ausbau zu einem Abo + vorgesehen. Als Begründung wird angegeben, dass es im trinationalen Raum um Basel zu viele Anbieter gäbe und eine Koordination deshalb nicht möglich sei. Es fällt im Gegensatz zu dieser Behauptung aber auf, dass der Bau einer S-Bahn, der angefangene und der geplante Bau von zwei grenzüberschreitenden Tramlinien trotz der vielen Anbieter möglich waren und der Geldtransfer von Basel-Stadt ins grenznahe Ausland trotz dieser vielen Anbieter reibungslos über die Bühne ging. Ein weiteres Problem für die Reisenden besteht darin, dass an den Automaten in Basel und Riehen nur Hinfahrten gelöst werden können. Für die Rückfahrt muss ein Ticket gelöst werden, für das oft der genaue Münzbetrag in Euro und Cent bereit gestellt werden muss (beispielsweise im Bus von Saint-Louis nach Basel). Schliesslich gibt es grosse Tarifunterschiede. Die Hinfahrt nach Saint-Louis kostet für eine Person, die erst ab Grenze bezahlt, am Automaten EUR 3.50. Die Hin- und Rückfahrt zum Stadtzentrum von Saint-Louis kostet hingegen, wenn sie im Bus an der Schifflande selbst bezahlt wird, nur EUR 2.20. Hier besteht ein gewisser Erklärungs-, respektive Senkungsbedarf. Alle oben beschriebenen Schwierigkeiten sollten unserer Ansicht nach unbedingt behoben sein, bevor die Verlängerung der Tramlinie 8 beendet ist.

In diesem Sinne bitten wir den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- welche Massnahmen er zu ergreifen gedenkt, damit der Ausbau der TNW und GA- Abonnements zu einer Nutzung im grenzüberschreitenden Nahverkehr möglich wird;
- wie er es erreichen will, dass an den Automaten Billette für die Hin- und die Rückfahrt ins grenznahe Ausland gelöst werden können;
- wie deutliche Preisunterschiede für Fahrkarten an dasselbe Ziel vermieden werden können;
- ob er die Meinung teilt, dass diese Massnahmen vor der Fertigstellung der Tramverlängerung nach Weil am Rhein ergriffen werden müssen und
- wie er sich zur Tatsache stellt, dass die vielen Anbieter im grenznahen öffentlichen Verkehr zwar eine Koordination der Tarife, nicht aber die Verlängerung von Tramlinien und die Kostenbeteiligung unseres Kantons verhindern.

Daniel Goepfert, Heinrich Ueberwasser, Helmut Hersberger, Christine Wirz-von Planta, Emmanuel Ullmann, Stephan Luethi-Brüderlin, Eveline Rommerskirchen, Heiner Vischer, Eduard Rutschmann, Roland Vögtli

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 26 betreffend Muriel Uebelhart – Basler Interessenvertreterin in Bern oder nur "Späherin"?

13.5177.01

Der Basler Regierungsrat hat eine Lobbyistin eingesetzt, um sich in Bern mehr Gehör zu verschaffen und Kontakte zu knüpfen. Man fragt sich jedoch heute, nach über einjähriger Tätigkeit der Stelleninhaberin, was diese Interessenvertreterin ausser Kosten überhaupt gebracht hat?

Hierzu stelle ich der Regierung folgende Fragen:

1. Frau Uebelhart ist seit Juli 2012 im Amt. Die hunderttägige Schonfrist ist längst vorbei. Was bewegte Frau Uebelhart in dieser Zeit?
2. Warum lehnte Frau Uebelhart in dieser Zeit Interviewanfragen ab (gemäss dem Hinweis in der BZ vom 22. März 2013)? Öffentlichkeitsarbeit gehört doch auch zu ihrer Aufgabe und kann nicht von einem Regierungsmitglied stellvertretend übernommen werden?

3. Wurde Frau Uebelhart als Basel-Lobbyistin für Aufgaben in Bern angestellt oder als "Späherin", wie dies Regierungspräsident Guy Morin in einem Interview mit der BZ am 22. März 2013 formulierte?
4. Laut Regierungspräsident Morin arbeitet Frau Uebelhart "unsichtbar, aber nicht geheim". Bleibt eine solche Stellenbesetzung nicht wirkungslos?
5. Erfolge für Basel in Bern? Was Regierungspräsident Morin im Interview darlegt, wie "das ist natürlich extrem schwierig", "Frau Uebelhart ist seit letztem Sommer im Amt und ich kriege von meinen Regierungskollegen die Rückmeldung, dass sie (Frau Uebelhart) eine tolle Unterstützung ist". "Wir haben durch sie (Frau Uebelhart) ein Werkzeug mehr in Bern".
6. Solche Aussagen des Regierungspräsidenten Guy Morin zur Frage der Effizienz von Frau Uebelhart und ihrer Büros sind doch bloss Luftblasen, die zeigen, dass die Tätigkeit von Frau Uebelhart als Basel-Lobbyistin in Bern nichts Substanzielles (oder Greifbares) bringt. Wie stellt sich der Regierungsratspräsident dazu, wenn er eine ehrliche Antwort nicht scheut?
7. Ist Frau Uebelhart als Basel-Lobbyistin in Bern eine Fehlbesetzung dieser Stelle? Für wie lange dauert ihr Vertrag?
8. Was gedenkt die Basler Regierung zu tun, um in dieser Angelegenheit (Lobbying) mehr Wirksamkeit zu erzielen?

Eric Weber

b) Interpellation Nr. 27 betreffend Verlegung der Meldestelle für Todesfälle von der Rittergasse 11 im Zentrum der Stadt an die Hörnliallee 70 ab 1. Januar 2014

13.5180.01

Wer den Tod eines Angehörigen den Behörden des Kantons Basel-Stadt melden muss, ist gezwungen, ab Januar 2014 zum Friedhof am Hörnli zu fahren, bestätigt auf Nachfrage Marc Lüthi, Leiter des Bestattungswesens der Stadtgärtnerei. Die Fortführung einer zusätzlichen Anmeldestelle in der Innerstadt sei zu aufwendig, erklärt er weiter. Zur Erleichterung des Zugangs für die oft betagten und behinderten Angehörigen werde der Betrieb des BVB-Busses Nummer 31 in Zukunft im Takt von 7,5 Minuten geführt. Zudem liege die Meldestelle nahe an der Haltestelle Hörnli. Ebenso will die Gemeinde Riehen unmittelbar in der Nähe des Eingangs zusätzliche Parkplätze anbieten. Von der Zusammenlegung der Meldestelle für Todesfälle mit der Friedhofverwaltung gemäss Regierungsratsbeschluss vom 27. März 2013 werden administrative Vereinfachungen erwartet.

Für die grosse Mehrheit der Angehörigen bedeutet gleichwohl die Verlegung, dass sie unter schwierigen Bedingungen eine wesentlich längere Distanz als bisher zurücklegen müssen, um die Todesmeldung vorbringen zu können. Dies muss in einem Zeitpunkt unmittelbar nach dem Tod erfolgen, an welchem der Schock über den Verlust am grössten ist. Zudem löst der Tod naher Angehöriger nach wie vor eine Vielfalt von dringenden Aufgaben aus. Dies bringt zusätzlich zur Trauer oft Zustände von Erschöpfung. Da müsste nach Entlastung statt nach zusätzlichen Belastungen durch verlängerte Distanzen zur Meldestelle gesucht werden.

Im Hinblick auf den kritischen Entscheid des Regierungsrates stelle ich folgende Fragen:

1. Ist die räumliche Zusammenführung verschiedener Amtsstellen im Zeitalter moderner Informationstechnologien, unter anderem der Informatik, wirklich noch nötig, um administrative Verbesserungen zu gewinnen? Die wichtigen Ansprechpersonen können doch über Distanzen hinweg ungehindert schriftlich und mündlich miteinander kommunizieren.
2. Ist es wirklich sinnvoll, die Angehörigen im schweren Zeitpunkt der Trauer zur verlängerten Fahrt zum Friedhof am Hörnli zu zwingen, statt die Todesmeldungen in einem Gebäude im Zentrum der Stadt mit zentralen Verbindungen des öffentlichen Verkehrs entgegenzunehmen?
3. Kann nicht im Rahmen der Einwohnerdienste, beispielsweise im Spiegelhof, eine Aussenstelle eingerichtet werden, welche ermächtigt ist, Todesfallmeldungen entgegenzunehmen?

Jürg Meyer

c) Interpellation Nr. 28 betreffend möglicher Bau einer Abfallbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen (D)

13.5182.01

Die deutsche Firma Zimmermann hatte am Rhein in Grenzach-Wyhlen auf dem Gelände der BASF den Bau einer Anlage zur Behandlung von Sonderabfall geplant. Das Abwasser aus der Behandlung der flüssigen Abfälle sollte dabei via BASF-Kläranlage in den Rhein geleitet werden - rund zwei Kilometer oberhalb der Fassung von Rheinwasser zur Trinkwasseraufbereitung in den Langen Erlen.

Das mögliche Gefährdungsrisiko für die Trinkwasseraufbereitung wurde im Gesuch der Firma Zimmermann nicht betrachtet. Es blieben auch zahlreiche Fragen bezüglich der in den Rhein eingeleiteten Abwässer ungeklärt. Dies haben übereinstimmend der WWF Region Basel, der Einsprache erhoben hatte, und die Regierungen von Basel-Stadt sowie Baselland in ihren Antworten auf parlamentarische Anfragen (Interpellationen von Eveline Rommerskirchen (BS, 13.5006.02) sowie Jürg Wiedemann (BL, 2013/034)) festgehalten. Auch die Hardwasser AG

und die IWB stehen dem Vorhaben kritisch gegenüber. Eveline Rommerskirchen hat das Thema darüber hinaus in der Umweltkommission des Trinationalen Eurodistricts Basel eingebracht.

Der Gemeinderat von Grenzach-Wyhlen hat nun am 19. März 2013 eine Veränderungssperre für das Gelände der BASF beschlossen. Damit kann in den nächsten zwei Jahren ein Bebauungsplan für das Gebiet erstellt werden. Dieser regelt die künftigen Nutzungsmöglichkeiten. BASF und die Firma Zimmermann prüfen gemäss Medienberichten, dagegen juristische Schritte zu unternehmen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie ist der aktuelle Stand bezüglich des Vorhabens der Abfallbehandlungsanlage in GrenzachWyhlen? Wurde die Veränderungssperre gerichtlich bestritten?
2. Was bedeutet die Veränderungssperre für den Bau der Sonderabfallbehandlungsanlage? Was geschieht, falls die Sperre aufgehoben wird?
3. Die Kantone Basel-Stadt und Baselland haben gemäss Antworten auf die früheren Interpellationen zur Sonderabfallbehandlungsanlage eine "behördliche Eingabe" beziehungsweise eine "konsolidierte Stellungnahme" abgegeben. Was bedeutet dies juristisch? Ist - falls die Sonderabfallbehandlungsanlage dennoch unter bestimmten Auflagen eine Bewilligung erhält - ein Weiterzug an eine höhere Instanz (welche?) möglich? Könnte der Kanton das Vorhaben juristisch verhindern?
4. Ist die "behördliche Eingabe" des Kantons öffentlich?
5. Die CDU-Fraktion Grenzach-Wyhlen verlangt eine komplette Altlastensanierung für das BASF-Gelände, auf dem auch die oben erwähnte Kläranlage steht, so wie dies Roche vorbildlich für ihren Abschnitt der Kessler-Grube durchführt. Die Gemeinde soll klären, ob ein Neubau der Kläranlage an einem anderen Ort möglich ist oder ob das Abwasser nach Basel beziehungsweise Rheinfelden (D) geliefert werden kann. Wie beurteilt die Regierung die Möglichkeit, das Grenzacher Abwasser in die Basler Kläranlage zu übernehmen?

Eine gleichlautende Interpellation wurde zum selben Datum im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.

Andrea Bollinger

d) Interpellation Nr. 29 betreffend unterirdische Ringautobahn

13.5183.01

Am 21. April 2013 erschien in der Schweiz am Sonntag ein Artikel, in dem Regierungsrat Hanspeter Wessels den Bau eines Autobahntunnels vom Zoo-Dorenbach bis zur Nordtangente vorschlägt. Mit dem Bau des Gundeldinger-Tunnels und dem Autobahntunnel Ost soll so eine Ringautobahn entstehen. Die Interpellantin war von dieser Information sehr überrascht, da auch im Zusammenhang mit dem Gundeldinger-Tunnel und der Osttangente noch nie darüber informiert worden ist.

Ich bitte den Regierungsrat dazu folgende Fragen zu beantworten:

1. Steht der Gesamtregierungsrat hinter dem Projekt des Baudirektors und hat es tatsächlich zuhanden der Bundesbehörden als Basler Idealvariante verabschiedet?
2. In welcher Form hat der Regierungsrat die Bundesbehörden über seine Absichten zum Bau eines unterirdischen Autobahnringes im Stadtgebiet Basel informiert?
3. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Kosten für den unterirdischen Autobahnring ein, welche der Ausbau über die Kosten von 615 Millionen Franken für das sistierte Teilstück Gundeldinger-Tunnel hinaus verursacht? Und welchen Finanzierungsschlüssel zwischen Bund und Kanton Basel-Stadt nimmt er bei seiner Finanzplanung dieses Vorhabens an?
4. Welche zusätzlichen Anschlusskosten für Anpassungen im Stadtstrassennetz und den Zubringerachsen fallen im Budget des Kantons Basel-Stadt an, wenn der Verkehr von der ober- auf eine unterirdische Achse verlagert wird?
5. Wurden schon Gespräche über den Tunnel mit Baselland geführt, wie im Artikel zu lesen war?
6. Ist der von der grossen Parlamentsmehrheit befürwortete Ausbau des Öffentlichen Verkehrs (S-Bahn, Tram, Busnetz) gefährdet durch den Mittelbedarf des Autobahnringes, oder stehen Basel-Stadt in den nächsten 10 bis 20 Jahren nahezu unbegrenzte Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung?
7. Wann gedenkt der Regierungsrat, seine überraschenden und neuen Autobahnpläne dem Grossen Rat und dem Souverän zur Beschlussfassung vorzulegen?

Elisabeth Ackermann

e) Interpellation Nr. 30 betreffend zukünftige Nutzung des BASF-Areals

13.5186.01

Nachdem der erste Schock über die Meldung des grossen Stellenabbaus bei BASF verarbeitet worden war, wurden bereits erste Verlautbarungen und Ideen über die zukünftige Nutzung des offenbar freiwerdenden BASF-Grundstücks bekannt. Entsprechende Vorstösse sind auch bereits im Grossen Rat eingereicht. Erstaunlich dabei ist, dass weniger die Erhaltung des Areals als Gewerbe- und Industriegebiet im Vordergrund steht, sondern auch die Überführung der Parzelle in eine Wohnnutzung angedacht wird.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat das bestehende BASF-Areal nicht als sehr geeignet, um neue Gewerbebetriebe anzusiedeln und damit durch Schaffung neuer Arbeitsplätze den Verlust der bisherigen BASF-Arbeitsplätze (teilweise) auszugleichen?
2. Ist der Regierungsrat in diesem Sinne bereit, alles zu unternehmen und die notwendigen Massnahmen in die Wege zu leiten, um das heutige BASF-Gelände zur ausschliesslichen Gewerbenutzung zu erhalten?
Wenn Nein:
 - Warum nicht?
 - Wo gedenkt der Regierungsrat sonst, zusätzliche Gebiete, d.h. ohne bereits geplante Gewerbeflächen, für den Verlust des BASF-Areals zu erschliessen und damit die Schaffung der verloren gegangenen Arbeitsplätze zu ermöglichen?
3. Geht der Interpellant richtig in der Annahme, dass es sich um einen belasteten Standort im Sinne der Altlastenverordnung handelt?
4. Trifft die Annahme zu, dass der Kanton (Einwohnergemeinde Basel), wenn er das Grundstück von BASF käuflich erwirbt, wie dies auch bereits gefordert wurde, als dannzumaliger Inhaber des Standorts für Untersuchungs-, Überwachungs- und Sanierungsmassnahmen verantwortlich wird und mit welchen Kosten ist für diese Massnahmen zu rechnen?
5. Welche Vorkehrungen können getroffen werden, um diese Verantwortlichkeit nicht übernehmen zu müssen und sind solche Vorkehrungen durchsetzbar resp. realistisch, wenn der Kanton eine andere als eine gewerbliche Nutzung im bisherigen Rahmen plant?

Andreas Zappalà

f) Interpellation Nr. 31 betreffend Haus- und Geländebesetzungen in Basel

13.5187.01

In den vergangenen Wochen wurden einerseits ein Gelände im Hafenaerial und andererseits der ehemalige Schiessstand in Allschwil, der im Besitz der Immobilien Basel-Stadt ist, besetzt. Die Meinungen bezüglich solcher Raumanneignungen gehen stark auseinander, festzuhalten ist jedoch in diesen beiden Fällen, dass sich die Gruppierungen sehr friedlich, transparent und offen verhalten.

Basel als ebenso offene Stadt sollte in der Lage sein, solche alternativen Lebensformen tolerieren zu können, vor allem wenn die Gruppierungen für Wasser und Strom aufkommen möchten.

Zürich könnte in dieser Frage als Vorbild dienen: Seit einiger Zeit wird in der Limmatstadt sehr tolerant und offen mit dem Thema umgegangen, Besetzungen werden erst dann geräumt, wenn tatsächliche Probleme (Lärmklagen, etc.) auftauchen oder das Gebäude einer anderen Nutzungsbestimmung zugeführt werden soll, respektive abgerissen und einem neuen Gebäude weichen muss. Dieses Vorgehen ist insbesondere in Bezug auf möglichen Widerstand bei einer Räumung sehr sinnvoll.

Leerstehende Gebäude, deren zukünftige Nutzung noch nicht klar ist, oder erst in einem oder mehreren Jahren gebaut wird und brach liegende Gelände, die vorübergehend ungenutzt sind, könnten Orte darstellen, die eben gerade für Menschen mit alternativen Lebensideen und anderen Vorstellungen lebenswert sind. Solange sich die Anwohner nicht gestört fühlen und die Zukunft der Immobilie oder Fläche nicht definiert ist, macht eine Räumung keinen Sinn. Räumen um der Räumungswillen ist hier der falsche Ansatz.

In diesem Zusammenhang stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Kennt der Regierungsrat das "Zürcher Modell" in Sachen Besetzungen und wie schätzt er dieses ein?
2. Hat sich der Regierungsrat bereits Gedanken gemacht, in Zukunft ähnlich mit Besetzungen umzugehen, wie dies in Zürich gehandhabt wird?
3. Anerkennt der Regierungsrat, dass eine Räumung ohne konkreten Belästigungs- oder Nutzungsgrund das Problem der Hausbesetzung nicht löst, sondern auf andere Immobilien und Orte verschiebt?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat im Fall der Wagenburg im Hafenaerial, an dem der Regierungsrat Stadtentwicklungs-Interessen hat, weiter vorzugehen?
5. Am 26. April 2013 wurde bekannt, dass der Schiessstand in Allschwil im Mai abgerissen werden soll und die Besetzer dazu aufgerufen werden, das Gebäude zu verlassen. Eine konkrete Bauplanung für die geplante Bebauung und den Park liegt jedoch noch nicht vor. Warum kann mit dem Abriss und damit auch der Räumung des Gebäudes nicht noch gewartet werden, zumindest so lange, wie die Besetzung keine direkten

Probleme verursacht?

6. Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich zum Bedürfnis von einigen Wenigen, ausserhalb der definierten Räume und Nutzungen zu leben und ist er nicht auch der Meinung, dass sich Basel als offene Stadt dieses Bedürfnis leisten kann?

Salome Hofer

g) Interpellation Nr. 32 betreffend Investition Margarethenstich und Durchmesserlinie via Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof

13.5188.01

Im Verhältnis zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt gibt es verschiedene Staatsverträge. Zum Beispiel sei an den Universitäts-Vertrag erinnert, oder an den Staatsvertrag zum Universitäts-Kinderspital (UKBB), welcher derzeit in den Parlamenten BL und BS beraten wird, weil er erneuert und ergänzt werden muss.

Seit 1982 regelt ein Staatsvertrag zwischen den Kantonen BL und BS auch die grenzüberschreitenden Nahverkehrsleistungen der beiden kantonalen Nahverkehrsunternehmen BLT und BVB und gleicht damit die Vor- und Nachteile der jeweiligen Verkehrs- und Passagierstrukturen aus. So kann die BLT z. B. seither die Nachteile ihrer relativ langen, passagiararmen Zufahrtsstrecken durch Angebote auf dem passagiarreichen Stadtgebiet kompensieren, während die BVB auf dem basellandschaftlichen Kantonsgebiet längere, weniger rentable Überlandstrecken betreibt.

Besagter Staatsvertrag regelt dabei die wichtigsten partnerschaftlichen Ziele, so z. B. in § 6, der festlegt, dass die beiden Verkehrsunternehmen auf dem jeweils anderen Kantonsgebiet möglichst gleich grosse Fahrleistungen zu erbringen haben und – dies in § 7 – anstelle von Zahlungen soweit als möglich ein realer Ausgleich der Fahrleistungen vorgenommen werden soll.

Bisher funktioniert der Staatsvertrag zu weitgehend beidseitiger Zufriedenheit, doch jetzt scheinen sich der Kanton Basel-Landschaft und der Kanton Basel-Stadt im Zuge des Ausbaus der neuen Durchmesserlinie, die aus dem Leimental über den neu zu erstellenden Margarethenstich zum Centralbahnplatz und von dort aus direkt zur Messe Basel führen soll, vom bisherigen Pfad der partnerschaftlichen Tugend verabschieden zu wollen. Anstatt nämlich diese neue, äusserst attraktive Linie gemeinsam zu betreiben, beansprucht der Kanton BL die ganze Linie für sich.

Festzuhalten ist, dass die Trams der BLT heute wesentlich mehr Fahrleistungen auf dem Gebiet des Kantons BS erbringen als die Trams der BVB auf dem Gebiet des Kantons BL. Die entsprechenden Ausgleichszahlungen an den Kanton BS beliefen sich laut der letzten Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BS-BL für das Jahr 2010 auf 2.7 Mio Franken, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass die städtischen Streckenabschnitte der BLT wesentlich ertragsreicher sind als die basellandschaftlichen Leistungen der BVB.

Festzuhalten ist ferner, dass die Durchmesserlinie aufgrund ihrer verkehrstechnisch wichtigen Funktion als ganztägige Linie geplant ist.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für mich als Interpellant einige Fragen, welche ich rasch geklärt haben möchte:

1. Wann ist der Ratschlag für den Margarethenstich inkl. Betriebskonzept für die Linie 1/17 zu erwarten?
2. Wo liegen die Problempunkte, dass weder in BL noch in BS ein Ratschlag vorliegt, obwohl um die Leistungen aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes zu beziehen noch dieses Jahr endgültige Entscheide der beiden Parlamente getroffen werden müssen?
3. Könnten die im Zusammenhang mit dem Betrieb der neuen ganztägigen Durchmesserlinie bestehenden Uneinigheiten auf Unklarheiten bei der Auslegung des Staatsvertrages beruhen?
4. Wie wurden bis anhin die im Staatsvertrag erwähnten Fahrleistungen errechnet?
5. Welche allfällige Präzisierung im Staatsvertrag würde künftig nötig sein, um den an sich guten Staatvertrag sinnvoll weiter zu führen.
6. Der Staatvertrag sieht in § 18 bei Auslegungsstreitigkeiten die Anrufung des Bundesgerichtes oder des Bundesamtes für Verkehr vor. Wäre es nicht sinnvoller, die Kantone würden sich in dieser Frage auf einen beidseitig anerkannten Vertragsrechtsexperten verlassen, um dann allfällige strittige Auslegungsfragen einvernehmlich zu lösen?
7. Bei den Ausgleichszahlungen des Kantons BL handelt es sich um Abgeltungen, die aufgrund von Leistungen zustande kommen, die den BVB auf dem Stadtgebiet entgehen. Wohin fliessen diese Ausgleichszahlungen?
8. Geht die Regierung weiterhin davon aus, dass die auf Grund des UVEK Berichtes beschlossene Ganztageslinie ab Durchstich Margarethenstich weiterhin Gültigkeit hat?
9. Ist der Regierung bekannt, dass BL 2007 erklärt hat, die Linie notfalls auch gemeinsam zu führen?

Urs Müller-Walz

h) Interpellation Nr. 33 betreffend zum Verkauf stehende Parzellen auf dem BASF-Areal

13.5203.01

Im April hat die BASF bekannt gegeben, dass sie ihren Standort in Basel aufgeben wird. Dies hat nicht nur einen sehr bedauerlichen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge, sondern wirft unerwarteterweise auch Fragen zur künftigen Nutzung des heutigen Firmenareals und dessen Umgebung auf.

Das BASF-Areal umfasst ca. 120'000 m² und liegt heute zusammen mit einem ähnlich grossen Areal, das den Firmen Novartis und Huntsman gehöft, in der Industrie- und Gewerbezone zwischen Hafengebiet, bzw. Rhein und Horburgquartier. In absehbarer Zukunft werden eventuell auch gewisse Parzellen von Novartis bzw. Huntsman im dortigen Gebiet frei. Es ergibt sich daraus eine grosse städtebauliche Herausforderung und Chance zugleich.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung des Interpellanten, dass das BASF-Areal für die künftige Entwicklung dieses Stadtteils eine wichtige Rolle spielt?
2. Könnte das freiwerdende Areal dazu beitragen, den künftigen Stadtteil im Hafengebiet gemäss der Entwicklungsvision «3Land» hin zum Horburgquartier zu öffnen?
3. Ist der Kanton bereit, einen Kauf des betreffenden Areals eingehend zu prüfen? Ist der Regierungsrat bereit, möglichst rasch Verhandlungen mit der BASF über die Übernahme der Parzellen 1419, 3021, 3089, 3090, 3091 und 3120 zu führen?
4. Ist dem Kanton bekannt, wie die Zukunft der Parzellen Novartis (2079, 3088, 2793, 1897) aussieht? Sind diesbezüglich auch schon Gespräche mit Novartis am Laufen oder geplant?
5. Ist dem Kanton bekannt, wie die Zukunft der Parzelle Huntsman 3096 aussieht? Sind diesbezüglich Gespräche mit Huntsman am Laufen oder geplant?

Daniel Jansen

i) Interpellation Nr. 34 betreffend Schliessung Kunstmuseum

13.5204.01

Einer Medienmitteilung des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass das Kunstmuseum für ein Jahr (2014 bis 2015) infolge der umfassenden Umbauarbeiten geschlossen werden muss. Dieser Umstand erstaunt, war doch im Rahmen des Neubauplans keine solche Schliessung kommuniziert worden. Die Schliessung, welche wohl auch für den Tourismusstandort Basel und die hiesige Wertschöpfung Konsequenzen haben könnte, ist zumindest auf den ersten Blick nicht nachzuvollziehen.

Ich ersuche den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb wurde die Schliessung nicht schon bei der Planung des Neubaus bekannt gegeben?
2. Seit wann weiss der Regierungsrat, dass das Kunstmuseum für ein Jahr geschlossen bleiben muss?
3. Weshalb hat sich der Regierungsrat, wie Experten empfehlen, nicht für eine Teilschliessung ausgesprochen?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass das festangestellte Personal innerhalb der Verwaltung weiterbeschäftigt werden kann?
5. Wo wird dieses Personal konkret eingesetzt?
6. Inwiefern wird die Schliessung des Kunstmuseums deren Betriebsrechnung belasten?
7. Wer kommt für diese Mindereinnahme auf?
8. Welche (Werbe-)Massnahmen werden getroffen, um den Tourismusstandort Basel auch während der Schliessung attraktiv zu behalten?
9. Sind Veranstaltungen des Kunstmuseums an anderen Örtlichkeiten der Stadt geplant?

Eduard Rutschmann

j) Interpellation Nr. 35 betreffend Projektwettbewerb "Umgestaltung Landhof-Areal"

13.5205.01

Für das Landhof-Areal wurde per 31. Oktober 2012 ein anonymer Projektwettbewerb im offenen Verfahren ausgeschrieben. Die Jurierung fand am 6. Mai 2013 statt. Gemäss Medienmitteilung sollte die Diskussion um die Rangierung und schliesslich die Preiserteilung der Projekte erstmals im Beisein der interessierten Öffentlichkeit durchgeführt werden. Die Öffnungszeiten wurden folgendermassen definiert: 09:30 - 11:45h und 14:00 - 17:00h.

Ich bitte den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie erklärt sich das Bau- und Verkehrsdepartement, dass bereits ab 15Uhr interessierte Bewohnerinnen unserer Stadt vor verschlossenen Türen standen und so verärgert wieder abzogen?

2. Die „Spielregeln“ für Medienschaffende und Interessierte wurden während der Jurierung verändert. Schliesslich fand auch die Preiserteilung nicht im Beisein der Öffentlichkeit statt. Welche Ursachen liegen diesen offensichtlichen Planungs- resp. Kommunikationsfehlern zu Grunde?
3. Ist es vorgesehen auch in Zukunft Jurierungen im Beisein der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen? Wenn ja, welches Verbesserungspotential in der praktischen Umsetzung wurde ausgemacht?

Thomas Gander

k) Interpellation Nr. 36 betreffend Ausbildungs- und Forschungsreaktor der Uni Basel

13.5206.01

Das Departement Physik der Universität Basel betreibt seit 52 Jahren den Ausbildungs- und Forschungsreaktor AGN 211-P. Der Reaktor ist mit 2kg auf circa 90% angereichertem Uran bestückt und wird seit Jahren hauptsächlich von der sogenannten Reaktorschule am Paul Scherrer Institut zur Ausbildung künftiger Kernkraftwerks-Operateure und in Kernkraftwerken tätigen Ingenieuren benutzt. Seit einigen Jahren besteht ein Angebot aus den USA bezüglich der Rücknahme des Urans mit relativ günstiger Kostenfolge, welches im Jahre 2016 auslaufen wird. Zugleich soll das Areal des Departements Physik an der Klingelbergstrasse 82 ab dem Jahr 2020 neu überbaut werden, was die vorgängige Stilllegung des Reaktors bis zu diesem Termin nahelegen würde. Prof. Dr. Alex Eberle vom Vizerektorat Entwicklung der Universität Basel hat am 12. März 2013 an die swissnuclear (Fachgruppe Kernenergie der swisselectric) ein Schreiben gerichtet, in welchem der swiss nuclear mitgeteilt wird, dass der Reaktor in Basel bis 2020 weiter betrieben werden könne, sofern die swissnuclear für die Rücknahme des leicht aktivierten hochangereicherten Urans (highly enriched uranium = HEU) Sorge trägt. Zugleich stehe die Universität Basel in Verhandlungen mit der National Nuclear Security Administration in Savannah River Site bezüglich dem Rückbau des Basler Reaktors. Die NNSA hat unterdessen der Uni BS ein Angebot mit etwas tieferer Kostenfolge offeriert, welches eine Stilllegung des Reaktors bereits im Sommer 2013 zur Folge hätte. Die swiss nuclear erachtet das Betreiben des Reaktors sogar bis über 2020 hinaus als sehr sinnvoll und wertvoll für die Ausbildung ("hands-on-experience") der künftigen Schweizer Reaktoroperateure, deren gute Ausbildung einen wichtigen Aspekt der Sicherheit der nuklearen Anlagen in unserem Land darstellt. Es war der swiss nuclear nicht möglich, das Angebot der Uni Basel in der so kurz gesetzten Frist (Sommer 2013) seriös zu prüfen. Insofern hat die swiss nuclear die Universität am 8. April in einem Schreiben gebeten, das Angebot an die swiss nuclear bezüglich Rücknahme des Urans nochmals zu prüfen. Diese Antwort könnte der Uni BS aber auch als Ablehnung gewertet werden, sodass der Reaktor im Mai 2013 schlicht fremder Hand überlassen wird. Es ist zu betonen, dass vom Reaktor aus radiologischer Sicht kein relevantes Gefahrenpotential ausgeht (zu klein, inhärent sicher). Es existiert ein weiterer Schweizer Forschungsreaktor (CROCUS) in Lausanne. Dieser bietet auf Grund seiner Konstruktion weniger Optionen, was das Ausbildungspotential anbelangt. Dies kann von den für die Ausbildung an der Reaktorschule zuständigen Lehrern bestätigt werden. Zudem ist der umständliche Anfahrtsweg nach Lausanne ein ungünstiger Faktor bei der Benützung des CROCUS. Künftige Praktika an Ausbildungsreaktoren werden künftig im Ausland (z. B. in Deutschland; eventuell in Rez, Tschechien) eingekauft werden müssen. Es ist zu betonen, dass der Reaktor in Basel ein Instrument ist, welches der Sicherheit im Bereich Betrieb Kernanlagen dienlich ist; der Nutzen des Reaktors dürfte sein "Gefahrenpotential" bei Weitem übersteigen. Im Rahmen des Kernenergieausstiegs wird die Ausbildung der künftigen Kernkraftwerkstechniker einen umso wichtigeren Faktor in der Kernkraftwerkssicherheit darstellen.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden alle Optionen geprüft, die den Weiterbetrieb des Basler Reaktors ermöglichen würden?
2. Inwiefern ist es der Schweiz nicht möglich, für die Entsorgung oder sichere Zwischenlagerung von 2kg HEU Sorge zu tragen, speziell im Hinblick auf den Rückbau der grossen Schweizer Kernkraftwerke? In diesem Zusammenhang kann hier darauf hingewiesen werden, dass das Kernkraftwerk Leibstadt bei Normalbetrieb ca. 113 Tonnen angereichertes Uran enthält, davon sind etwa 3 Tonnen Uran-235. Dieses Uran ist zwar nicht hochangereichert, aber stark aktiviert und entsprechend radioaktiv.
3. Die künftige Ausbildung des Schweizer Kernkraftwerkspersonals wird künftig an ausländischen Ausbildungs- oder Forschungsreaktoren stattfinden müssen. Die Kosten für die entsprechenden Kurse werden sich in der Grössenordnung einiger Zehntausend Franken bewegen – inwiefern wurde hier eine Kostenrechnung im Zusammenhang mit der Stilllegung des AGN 211-P durchgeführt?
4. Wer ist für nukleare Belange im Allgemeinen und den Forschungsreaktor in Basel im Speziellen zuständig? Welche Rolle spielt das ENSI, über welche Verhandlungskompetenzen verfügt das Vizerektorat der Universität Basel?
5. Wäre der Rückbau 2020 des Basler Reaktors durch Schweizer Behörden eine Möglichkeit zur Erarbeitung und Demonstration von Fachkompetenz im Umgang mit nuklearen Anlagen, gerade im Hinblick auf künftige Themen wie Kernenergieausstieg und Endlagerung radioaktiver Abfälle?

Remo Gallacchi

I) Interpellation Nr. 37 betreffend in welche Richtung zielen die IWB, ist die Aufsicht gewährleistet?

13.5207.01

Vor einiger Zeit hat sich ein ehemaliger Grossrat in einer Zeitung beklagt, dass die Industriellen Werke Basel (IWB) mit Gebührgeldern kräftig das Theater subventionieren. Leider konnte man bisher keine Gegendarstellung der IWB irgendwo nachlesen, was doch einigermaßen erstaunt. Denn sollte dies wirklich stimmen, dass ein Monopolist eine staatliche bereits subventionierte Unternehmung - in diesem Fall das Theater Basel - mit zusätzlichen Geldern bedient, wäre dies schon mehr als fragwürdig. Fragwürdig deshalb, weil die IWB mit Gebührgeldern der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons eine überdenkenswerte "Sponsoringpolitik" betreiben würde. Es ist ohnehin sehr eigenartig, wenn eine Monopolanstalt wie die IWB Werbung und Sponsoring betreibt, mit Geldern der Bewohner, die notabene nicht selber wählen können, wo sie z.B. das Wasser oder die Fernwärme beziehen.

Grundsätzlich hat man den Eindruck, dass es den IWB nicht um das möglichst günstige Anbieten von Strom, Wasser, Gas und Fernwärme geht. Das erwartet man eigentlich von einem Monopolisten und nicht Projekte wie das Glasfasernetz, dass man mit zusätzlichen Geldern des Kantons umsetzen will. Vor einiger Zeit konnte man in der Handelszeitung lesen, dass die Städte auf die Glasfasernetze verzichten sollten, weil die Zusammenarbeit mit Swisscom ein schwieriges Unterfangen sei. Man stellte schon damals die Frage, ob sich genügend Mieter finden werden für die Glasfasernetze und ob diese Projekte nicht zu happigen Verlusten führen werden. Am Rand der Medienkonferenz der IWB vom 25. April 2013 wurde mitgeteilt, dass der Bau des Glasfasernetzes der Stadt Basel um CHF 20 Mio. teurer wird als geplant. Diese zusätzlichen Investitionskosten wirken sich, wenn keine zusätzlichen Einnahmen generiert werden, negativ auf die Rentabilität dieses Projektes aus.

Ich gestatte mir einige Fragen an die Basler Regierung:

1. Ist es richtig, dass die IWB das Theater Basel gesponsert haben? Wenn ja um welchen Betrag handelte es sich?
2. Aus Sicht der Corporate Governance stellt sich die Frage, ob ein dem Kanton gehörender Betrieb einfach Stillschweigen beschliessen kann über die Höhe eines Sponsorings?
3. Findet es die Regierung grundsätzlich richtig, dass die IWB Werbung macht und Sponsoring betreibt, oder sollte sich die Aussenwirkung der IWB nicht lediglich auf Effizienzmassnahmen bei Energiefragen beschränken?
4. Wie ist die Haltung der Basler Regierung, wenn man mit Gebührgeldern Sponsoring und Werbung betreibt, wenn gleichwohl Monopol-Unternehmen (IWB oder auch BVB) auf staatliche Zuschüsse in größeren Millionenbeträgen angewiesen sind? Wie kann man dies den mit Gebühren ohnehin schon ordentlich gebeutelten Baslerinnen und Basler erklären?
5. Haben die IWB überhaupt ein Konzept, die Energiepreise zu senken; wenn ja, wie sieht das aus und wann merken dies die privaten Haushalte und die KMU?
6. Wie sieht die Investitionsrechnung der IWB zum Glasfasernetz Basel nach der oben genannten Zusatzinvestition von CHF 20 Mio. aus bzw. wie hat sich die Rentabilität seit Beginn dieses Projektes verändert?
7. Werden, um die zusätzlichen Kosten für das Netz zu decken, die Preise für die Endkunden bzw. für Provider, die auf dem Netz ihre Dienste anbieten möchten, angehoben? Muss man innerhalb der IWB quersubventionieren, sind die Wasser, Gas etc. Gebührenzahler die Leidtragenden?
8. Wie wirken sich diese zusätzlichen CHF 20 Mio. auf die Amortisation des Kredits von CHF 22 Mio. aus, den die IWB für den Bau des Glasfasernetzes von der Stadt Basel erhalten hat?

Markus Lehmann

Schriftliche Anfragen**a) Schriftliche Anfrage betreffend Gutschein für kostenfreien Sex. Wie sieht das Basel-Stadt? Wa wird diesbezüglich für die Behinderten gemacht?**

13.5189.01

In vielen Zeitungen in BRD, Austria und Schweiz kann man immer mehr lesen, dass vor allem an Behinderte die Möglichkeit für „Liebe“ gegeben werden kann. Oft sind es behinderte Menschen, die keinen Partner finden. Aber sie wünschen sich auch Liebe. Und sie wollen auch einmal in den Arm genommen werden. Wärme spüren. Aber in der heutigen kalten Welt, wo alles nur noch nach Geld, tollem Arbeitsplatz, schönen Menschen und viel Sex geht - da denkt doch keiner an die Behinderten. Sie werden in Heime gesteckt oder werden noch zu falschen Zeugenaussagen (wie im Fall gegen Eric Weber) angestiftet. Mit Behinderten kann man die Welt noch schön manipulieren. An ihre Gefühle denkt aber kaum jemand. Grossrat Eric Weber hat sich schon immer für die Randständigen und Behinderten eingesetzt. Zählt er sich doch selbst zu dieser Gruppe.

Ich komme zurück auf den Punkt. Auch die Behinderten wollen einmal in den Arm genommen werden. Falls es körperlich noch möglich ist, wollen sie auch einen Höhepunkt (richtigen Sex) erleben. Daher gibt es soziale Dienste, die das für die Behinderten ermöglichen. Immer mehr Reportagen, auch von Gutmenschen, erscheinen zu diesem

Thema. Man kann dann Titel lesen, wie „Käufliche Liebe auch für Behinderte“. Die Dienstleister verstehen sich nicht als Bordelle, auch wenn Sex im Angebot ist. In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung in Basel:

1. In Basel gibt es viele Firmen und Behörden, die im Bereich Soziales tätig sind. Nicht alles dringt an die Öffentlichkeit hervor oder man geht bewusst nicht an die Öffentlichkeit, weil man weiss, die Medien würden es falsch darstellen. Trotzdem sei die Frage gestellt: Gibt es für Behinderte in Basel eine Informations-Möglichkeit, wo sich diese über käufliche Liebe orientieren können? Oder anders gefragt, konkreter: Gibt es Liebes-Dienste für Behinderte? Denn ein Behinderter kann unmöglich in seinem Rollstuhl in einem engen Treppenhaus in den fünften Stock, z.B. Club 26, Dornacherstrasse.
2. Nehmen wir den Fall des Schweizers Peter W., 49. Er wurde von Chaoten fast zu Tode geschlagen. Heute lebt er im Rollstuhl und ist in einem Heim. Der Staat bezahlt seine Kosten. Hat Peter W. Anspruch auf käufliche Liebe? Z.B. einmal im Monat? Das wären Ausgaben von rund 200 bis 300 Franken pro Monat.
3. Sind dem Regierungsrat oder der Verwaltung in Basel-Stadt solche Dienste bekannt, die z.B. an Behinderte Liebes-Dienste anbieten? Besteht dieser Markt schon in Basel? Wenn nein, könnte man etwas machen, dass man diesen Markt in Basel einführt. Denn für alle Gruppen von Ausländern und Asylanten gibt es ja auch zahlreiche Fach- und Spezialdienste. Es ist einfach ungerecht. Mir tun die Schweizer leid.

Es geht mir einfach darum, dass auch was für die Behinderten gemacht wird. Seien dies Ausländer oder Schweizer. Alles sind Menschen.

Eric Weber

b) Schriftliche Anfrage betreffend Frust-Abbau über Schriftliche Anfragen. Wer hat die Oberaufsicht über die Schriftlichen Anfragen?

13.5190.01

Als Grossrat noch ohne Fraktion, 2016 wird sich alles zum Bessern ändern, ist man oft dem Frust ausgesetzt. Dem Frust der Wähler, dem eigenen Frust, dass man ja kaum was bewirken kann, als Grossrat. Ausser Fragen stellen. Es ist oft alles sehr sinnlos und man fragt sich, was soll das eigentlich.

Wie es die Geschichte zeigt, wurde das Fragerecht der Grossräte stark beschnitten. Weil ich oft mehr als eine Interpellation pro Monat abgab, hat man eingeführt, dass man nur noch eine Interpellation pro Monat abgeben kann. Das hat mich sehr geärgert. Aber gleichzeitig auch als Grossrat noch berühmter gemacht. Es ist ein dankbares Thema für die Zeitungen.

Bei den Schriftlichen Anfragen ist es noch offen. Da gibt es keine Begrenzung. Da ich genau 20 Jahre nicht Grossrat war, hat sich bei mir einiges an Fragen angestaut. Diese arbeite ich nun ab. Schritt für Schritt. Denn ich habe all die Jahre Grossrat weiter gespielt. Obwohl ich nicht im Grossen Rat Mitglied war. Man muss sich das so vorstellen, wie 20 Jahre ohne Sex. 20 Jahre ohne Sex, eine sehr schlimme Zeit. Genau so erging es mir als Grossrat. Ich habe nun grosse Angst, dass das Fragerecht der Schriftlichen Anfragen auch eingegrenzt wird. Daher muss ich jetzt so aktiv arbeiten und viele Anfragen stellen. Es ist wie 20 Jahre ohne Sex.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Würde es die Regierung als sinnvoll erachten, wenn pro Monat nur noch 5 Anfragen pro Grossrat eingereicht werden?
2. Bisher gab ich pro Monat rund 10 bis 15 Anfragen ab. Findet die Regierung, das ist zuviel? Ist es eine enorme Belastung, wenn ich so viele Fragen stelle?
3. Wer kann die Schriftlichen Anfragen begrenzen lassen? Ist das der Grosse Rat oder können Sie als Regierungsrat sagen, wir nehmen nur noch höchstens fünf Anfragen pro Monat von einem Grossrat entgegen?
4. Hat die Regierung Verständnis dafür, dass sich bei mir, da ich 20 Jahre lang nicht Grossrat war, einiges angestaut hat? Ich lebte in Bahnhöfen und Zügen und habe gewartet, bis ich wieder Grossrat bin. Eigentlich ein tragischer Fall. Mein türkischer Grossrats-Kollege Toptas Atilla hat mich auf der Strasse aufgelesen (danke!) und sagte zu mir: „Eric, Du bist ein Lieber. Ich werde Dir jetzt helfen. Komm zu einem Gespräch.“
5. Da ich die Regierung auf keinen Fall nerven will, bin ich schon dazu übergegangen, mit Mitarbeitern der Kantonsverwaltung persönlich in Mail-Kontakt zu treten und Fragen so beantworten zu lassen (z.B. mit dem Amt für Statistik, dem Ombudsman oder der Krankenkasse). Es ist natürlich ganz klar, dass, wenn man in keiner Fraktion ist, dass man dann in keine Kommissionen und in keine Arbeitsgruppen kommt. Das fehlt einem dann als Grossrat. Nicht nur politisch fehlt es, auch finanziell fehlt es an allen Ecken und Kanten. Man hat dann nur die Hauptbühne Grossrat. Das Gesetz will es ja so. Erachtet es die Regierung auch als sinnvoll, wenn Grossräte den direkten Kontakt suchen, bevor man mit Schriftlichen Anfragen die Verwaltung lahm legt?
6. Es ist schlimm und grenzt beinahe an Wahlfälschung. Obwohl vom Volk gewählt, ist der Schreibende dieser Zeilen in keiner Kommission. Sieht die Regierung eine Möglichkeit, wie man diesen Missstand beheben kann? Denn es führt zu grosser politischer Frustration. Wie kann ich endlich wieder einmal in einer Kommission Einsitz nehmen? Ich kam im Februar 2012 auf einmal 3 oder 4 Stimmen. SVP-Leute wählten noch für mich, aber es war noch viel zu wenig.

7. Wenn ein Grossrat eine Interpellation oder eine Schriftliche Anfrage stellt, wie hoch sind im Schnitt die Ausgaben, die die Regierung hat, für eine solche Anfrage zu beantworten? Ich weiss, es gibt leichte Fragen, die sind schnell und per Einzeiler zu beantworten. Wo es aber um konkrete Fragen geht, die ausgearbeitet beantwortet werden müssen, wie verhält es sich da bei den Kosten?

Eric Weber

c) Schriftliche Anfrage betreffend Etiketten-Schwindel bei erleichterter Einbürgerung von ausländischen Sportlern in der Schweiz

13.5191.01

Es fällt auf, dass immer mehr ausländische Sportler in Basel schnell und erleichtert eingebürgert werden. Der Normal-Bürger aus Türkei, aus Ex-Jugoslawien oder aus Afrika bekommt aber ein solch schnelles Einbürgerungsverfahren (damit er Schweizer wird) nicht.

Man kann von einem regelrechten Etiketten-Schwindel sprechen. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie viele Ausländer wurden in den letzten 10 Jahren in Basel zu Schweizern eingebürgert?
2. Wie viele Anträge (bitte die Zahlen der letzten 10 Jahre nennen) auf Schweizer mussten abgelehnt werden, von Ausländern, weil diese Vorstrafen haben?
3. Wie denkt der Regierungsrat über erleichterte Einbürgerungen für Fussballer und sonstige Sportler? Ist das gerecht gegenüber den anderen Ausländern?

Eric Weber

d) Schriftliche Anfrage betreffend Schafft die Bürgergemeinde Basel ab, das ist ein alter, nicht mehr moderner Zopf, das muss doch weg

13.5192.01

Die Bürgergemeinde Basel ist ein alter Zopf. Nicht mehr modern. Viele Basler, wie der Schreibende dieser Zeilen auch, dürfen nicht mal bei der Bürgergemeinde wählen. Das gehört sich nicht. Da wohnt man seit Kindheit in Basel und darf nicht einmal bei der Bürgergemeinde mitmachen.

Die Strukturen der Bürgergemeinde sind total veraltet. Das passt nicht mehr in die heutige, moderne Zeit. Dieser alte Zopf sollte schleunigst weg. Aber schnell.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Wie ist das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Regierungsrat und der Basler Bürgergemeinde?
2. Um was geht es da genau, bei dieser Zusammenarbeit?
3. Wenn man die Abschaffung der Bürgergemeinde will, welche Wege müsste man gesetzlich angehen? Wie viele Unterschriften braucht es für eine Volks-Abstimmung?
4. Auf welche Bereiche hat der Regierungsrat keinen Zugriff? Anders gefragt: Wo kann der Regierungsrat der Bürgergemeinde und Ihrer Verwaltung nicht rein reden?
5. Der Fragende hat die Befürchtung, dass es zu sinnlosen Doppelspurigkeiten kommen kann - auf der einen Seite haben wir die Basler Regierungsräte, die doch für alles zuständig sind. Für was braucht es da denn noch die Bürgergemeinde und deren Verwaltung? Kann man nicht alles zusammenfügen und Stellen einsparen?

Eric Weber

e) Schriftliche Anfrage betreffend neues Wahlgesetz für den Grossen Rat. Sollte es zu einem neuen Kanton Basel kommen. Wie sind die Planungen?

13.5193.01

Immer mehr kann man lesen, dass es evt. zu einem Zusammenschluss von BS und BL kommt. Das gefällt dem Schreibenden dieser Zeilen gar nicht. Denn sollte es zu einem Grosskanton Basel oder sogar zu noch einem grösseren Kanton Nordwestschweiz kommen, mit Hauptstadt Basel, dann wird sich die Zusammensetzung des Grossen Rates schlagartig und radikal ändern.

Von den jetzt 100 Grossräten würden nur 30 eine solche Veränderung überleben. Den ganzen Rest würde es wegschöpfen, in den Mülleimer der Geschichte oder des Vergessens. Mehrere Bauern aus Basel-Land würden dann im Basler Rathaus Einsitz nehmen. Seit meiner Kindheit bin ich ein Gegner vom Kanton Basel-Land, der nur von der Stadt profitiert. Wir wollen die Landschäftler auf keinen Fall in unserem Grossen Rat. Das geht zu weit.

Nehmen wir aber an, es kommt zu einer Kantonsfusion, was kann das alles für Folgen haben. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wenn es eine Fusion mit BL geben wird, wie viele Grossräte würden von 100 dann noch aus Basel kommen? 50 Grossräte aus Basel und 50 Grossräte aus Basel-Land?

2. Nehmen wir dann an, es gibt nur noch 50 Grossräte aus Basel. So hätte Kleinbasel nur noch 13 Grossräte. Für ein Vollmandat müsste man so mindestens 7 bis 8% der Stimmen haben. Was kann unternommen werden, dass kleine Parteien besser geschützt werden? Denn alles andere würde zu einem massiven Parteiensterben führen, in Basel wie in Basel-Land.
3. Sollte es bei der Abstimmung zur Kantonsfusion zu einem Ja kommen, wie sieht der zeitliche Ablauf dann konkret aus. Würde es 2020 oder 2024 zum ersten Mal zu einem gemeinsamen Parlament kommen? Wie wären die zeitlichen Abläufe für die Kantonsfusion, wenn der Wähler „JA“ sagt?

Eric Weber

f) Schriftliche Anfrage betreffend Türken-Moslem-Stand jeden Samstag auf dem Claraplatz. Warum ist das so der Fall? Was soll das bitteschön? Das geht zu weit

13.5194.01

Geht man an einem Samstag über den Claraplatz, da sieht man jeden Samstag einen Türken-Moslem-Stand. Es fällt einem auf, dass dieser Stand sehr hartnäckig dort ist. Jeden Samstag. Man bekommt diesen Stand nicht mehr los.

Die Türken haben auch eine TV-Kamera dabei und kundschaften unseren schönen Claraplatz aus und filmen alles. In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Hat dieser Türken-Moslem-Stand auf dem Claraplatz eine Buchung für jeden Samstag? Warum ist dieser Stand jeden Samstag dort?
2. Wie teuer ist die Gebühr, die für diesen Stand jede Woche bezahlt werden muss?
3. Wenn die Volks-Aktion auch einen solchen Stand haben will, kann die Volks-Aktion genau diesen Platz auch vier- bis sechsmal buchen, für die nächsten Monate? Ab wann ist dieser Platz wieder frei?
4. Findet es der Regierungsrat nicht auch, dass es zu weit geht, dass ständig dieser Türken-Moslem-Stand dort ist? Wir Schweizer dürfen ja auch nicht in der Türkei so massiv für uns werben.

Eric Weber

g) Schriftliche Anfrage betreffend BVB-Anzeigen, Bus 55, den es nicht anzeigt. Warum ist das der Fall?

13.5195.01

In den letzten Wochen gab es schon viele Anfragen und Interpellationen von anderen Kollegen zu den defekten BVB-Anzeigetafeln. Mir ist aber noch ein weiterer Punkt aufgefallen. Der Bus 55, der von Basel nach Deutschland fährt, wird bei der Anzeigetafel beim Badischen Bahnhof nicht angezeigt.

Die anderen Trams und Busse werden dort aber angezeigt. Scheinbar ist es noch ein Problem der Koordination. Aber das sollte doch geschafft werden. In diesem Zusammenhang die Anfrage, was kann gemacht werden, bitte, dass auch der Bus Nr. 55 beim Badischen Bahnhof angezeigt wird?

Eric Weber

h) Schriftliche Anfrage betreffend warum unternimmt die Polizei nichts gegen linke Chaoten? Fotos von allen Basler Zivilfahndern in der Zeitung Aufbau

13.5196.01

Bei linken Straftätern passiert nichts. Bei rechten „Straftätern“ wird sofort ermittelt. Folgende Vorgeschichte: In der Zeitung Aufbau sind rund 10 Basler Zivilfahnder mit Einzelfotos abgebildet. Urs Wicki, Chef der Fahndung, bestätigte mir gegenüber, dass er von dieser Zeitung und den Fotos Kenntnis hat. Nach Pressegesetz dürfen solche Fotos nur mit Einwilligung der betroffenen Bullen publiziert werden. Aber die Basler Polizei wurde nie gefragt. Die Fotos wurden einfach, gegen das Gesetz, in die Zeitung Aufbau und ins Internet gestellt.

Man stelle sich vor, in der Parteizeitung der VA würden die Zivilfahnder abgebildet, die unseren Grossrat Eric Weber durch die Stadt jagten. Sofort würde eine Beschlagnahmung der Zeitung stattfinden und Eric Weber würde zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Gesinnungsjustiz nennt sich dies. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Warum hat die Basler Polizei nichts dagegen unternommen, das fast alle Basler Zivilfahnder in der Zeitung Aufbau mit Foto abgebildet sind?
2. Ist es denn erlaubt, dass die Zivilfahnder mit Foto publiziert werden?
3. Wenn es nicht erlaubt ist, warum hat die Regierung keine Strafe und kein Busgeld gegen die Zeitung Aufbau ausgesprochen?
4. Warum wagt sich die Polizei schon nicht mehr in linke Stadtteile und in die linke Subkultur? Sind dies alles schon rechtsfreie Räume?

Eric Weber

i) Schriftliche Anfrage betreffend verdrecktes Basel. Es wird immer schlimmer, warum unternimmt Basel nichts dagegen?

13.5197.01

Der Schreibende dieser Zeilen ist wütend. Basel wird immer dreckiger und ist total verschmutzt. Sitzt man am Rheinufer im Kleinbasel, so kann man sehen, wie meist junge Leute dort grillen oder essen. Türkische Grossfamilien empfangen dort Gruppen bis zu 60 Leuten. Alles schon beobachtet und gesehen. Der Dreck wird einfach liegen gelassen. Man gehe einmal auf 04.00 Uhr am Rhein entlang. Man sieht arme Schweizer, die dort den Ausländern den Dreck wegräumen. Ganze Kolonnen von Müllautos fahren an. Man kann dies aber nur in den frühen Morgenstunden sehen. Der Bürger soll ja nicht mitbekommen, wie schlimm es um unser Kleinbasel steht. Und es wird immer schlimmer. Es wird nicht mehr aufgeräumt. Man lässt leere Flaschen einfach stehen und Knochen, Essensreste, Papiere, Einweggrill und einfach allen Mist. Ganz schlimm sind solche Mitbürger, auch Schweizer darunter, die den ganzen Müll einfach in den Rhein werfen. So ist er ja schnell „entsorgt“. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Der Schreibende dieser Zeilen würde gerne als Müllmann tätig sein. Oder auch als Müll-Überwacher. Wo kann man sich konkret für diese Tätigkeit bewerben?
2. Gibt es Müll-Überwacher am Rheinufer? Wenn nein, warum gibt es diese noch nicht?
3. Wenn ein Müllsünder erwischt wird, wie hoch ist die Strafe?

Eric Weber

j) Schriftliche Anfrage betreffend BVB-Personal, das von Schwarzfahrern geschlagen wird

13.5198.01

Es wird ja immer verrückter. Als ich Kind war, da waren die Kontrollen im Tram durch einen einzigen Mitarbeiter. Billett-Kontrolle. Und gut war es. Später, z.B. im Jahre 1984, als ich jüngster Grossrat der Schweiz wurde, sah ich schon zwei Männer, die Billett-Kontrolle machten. Und heute sind es oftmals drei Männer.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie finden die BVB-Billett-Kontrollen statt? Ist es richtig, dass die BVB-Leute nur noch in Gruppen von drei Mitarbeitern arbeiten?
2. Wie viele BVB-Kontrolleure wurden in den letzten Jahren geschlagen?
3. Stimmt es, dass ein BVB-Kontrolleur so stark zusammengeschlagen wurde, Anfang 2012, von einem Algerier, dass der BVB-Kontrolleur im Sommer 2012 gestorben ist? Wegen der nahen Grossrats-Wahl wollte man dies nicht in die Medien geben, um einen Wahlerfolg von Eric Weber zu verhindern.
4. Der Schreibende dieser Zeilen wurde in den letzten 12 Monaten nur dreimal auf sein Ticket kontrolliert, obwohl er beinahe jeden Tag Tram und Bus fährt. Es macht den Eindruck, in Basel gibt es immer weniger BVB-Kontrolleure. Wie viele Mitarbeiter sind täglich als BVB-Kontrolleure unterwegs?
5. Im Bus 55 nach Deutschland, geht öfters der Fahrer durch den Bus und kontrolliert die Fahrscheine. Warum gehen BVB-Leute nicht in den deutschen Bus 55? Dürfen die das nicht?

Eric Weber

k) Schriftliche Anfrage betreffend 500 Jahre Rathaus. Was ist für den Festanlass geplant?

13.5199.01

Bald ist es so weit. 500 Jahre gibt es schon das Basler Rathaus. Ein grosses Fest ist geplant. Damit es nicht nur zu einem Fest der Behörden und der Verwaltung wird, ist wichtig, dass auch die Bevölkerung mit einbezogen wird.

Obwohl ich schon dreifach in den Grossen Rat gewählt wurde und mehrfach angefragt habe, habe ich bis heute noch nie das Keller-Gewölbe im Rathaus oder das Turmzimmer ganz oben, gesehen.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Was ist alles geplant für die 500 Jahr-Feier Basler Rathaus?
2. Wie wird die Bevölkerung daran beteiligt?
3. Wie werden die Grossräte und die Parteien daran beteiligt?
4. Unter wem wird das Rathaus konkret verwaltet? Regierungsrat?

5. Wenn man einmal in seinem Leben, als Basler, das Gewölbe sehen will und das Turmzimmer, bei wem kann man sich da bitte anmelden und sich gerne auch auf eine Warteliste setzen lassen? Ich habe an vielen Rathausführungen für Touristen (!) bereits teilgenommen. Aber diese Gruppen gehen nichts ins Gewölbe und nicht auf den Turm.

Eric Weber

l) Schriftliche Anfrage betreffend was hält sich alles in Basel versteckt? Welche internationalen Firmen sind bei uns in der Stadt?

13.5200.01

Wir lieben Basel. Aber auch als Grossrat, man kann nicht alles wissen. Auch nicht als Basler Stadtführer. Oft führe ich Touristen durch die Stadt und zeige die schönsten Ecken meiner Heimatstadt. Dabei fällt mir auf, dass auch ich immer wieder Neues entdecke. In Basel ist die Weltbank BIZ. In Basel ist der Welthandball-Verband.

1. Welche Welt-Verbände befinden sich noch in Basel?
2. Welche Firmen haben ihren Weltsitz in Basel?
3. Weiss die Regierung, welche Staaten der Welt ihre Gelder auf Basler Banken haben?
4. Hat die Regierung von Basel Zugriff auf die Kantonalbank Basel? Weiss die Regierung, welche ausländischen Staaten z.B. Geld bei der Basler Kantonalbank deponiert haben?
5. Welche Auslands-Reisen sind von der Regierung von Basel für die nächsten zwei bis vier Jahre geplant?

Eric Weber

m) Schriftliche Anfrage betreffend Psychologieberufsgesetz

13.5201.01

Das Bundesgesetz über die Psychologieberufe ist seit 1. April 2013 in Kraft getreten. Mit dem neuen Gesetz werden geschützte Berufsbezeichnungen eingeführt und die Aus- und Weiterbildung sowie die Berufsausübung der Psychotherapeutinnen und -therapeuten geregelt.

Nun dürfen sich in der Schweiz nur noch Psychologin oder Psychologe nennen, wer über einen Masterabschluss oder einen gleichwertigen Studienabschluss in Psychologie verfügt. Damit wird Transparenz auf dem bisher unübersichtlichen Markt psychologischer Angebote geschaffen. Personen, die psychologische Dienstleistungen in Anspruch nehmen, werden dadurch vor Täuschung geschützt.

Qualitätssicherung wird auch im Bereich Psychotherapie eingeführt. Wer Psychotherapie privatwirtschaftlich und in eigener fachlicher Verantwortung ausüben will, muss künftig nach dem Hochschulstudium in Psychologie eine akkreditierte psychotherapeutische Weiterbildung absolviert haben und einen anerkannten Weiterbildungstitel vorweisen können.

Ich bitte deshalb die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Psychologinnen und Psychologen sind in Basel Stadt registriert?
2. Wie viele sind davon mit geschütztem Titel, bzw. ohne?
3. Wie viele Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind in Basel Stadt registriert?
4. Wie viele haben eine entsprechende Therapieausbildung?
5. Wie viele Therapeutinnen und Therapeuten arbeiten delegiert?
6. Wie viele selbständige Therapeutinnen und Therapeuten sind registriert?
7. Wie geht die Regierung mit den Psychologinnen und Psychologen, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten um, die keine entsprechende Ausbildung haben, aber trotzdem diese Berufe ausüben?
8. Wie kann man, die Personen, die psychologische Dienstleistungen in Anspruch nehmen, vor Täuschung schützen?

Atilla Toptas

n) Schriftliche Anfrage betreffend Verhaltenskodex für die Basler Regierung

13.5209.01

Es wäre sinnvoll, wenn die Regierung einen Verhaltenskodex beschliessen würde. Dieser regelt, wie mit privaten und dienstlichen Einladungen sowie mit Präsenten umgegangen werden soll. Grundsätzlich wird darin festgestellt, "dass die Mitglieder der Regierung sich durch Geschenke, Einladungen und Ähnliches nicht in ihrer Amtsführung beeinflussen lassen und dass auch jeder Anschein einer Beeinflussung vermieden wird".

Unter anderem sollte festgelegt werden, dass bei dienstlichen Anlässen überbrachte Geschenke Kantonseigentum werden. Allerdings gilt das nicht, wenn es Blumen gibt, Lebens- und Genussmittel oder "Gegenstände mit

persönlichem Erinnerungscharakter".

1. Wie sieht es die Basler Regierung, wie man einen Verhaltenskodex anlegen kann?
2. Oder gibt es schon einen Verhaltenskodex für die Regierungsmitglieder?
3. Könnte sich die Regierung vorstellen, sich an einen solchen Verhaltenskodex zu halten?

Eric Weber

o) Schriftliche Anfrage betreffend verbotene Liebesschlösser am Käppelijoch auf der Mittleren Rheinbrücke

13.5210.01

Wer wie ich als Stadtführer aufmerksam durch unsere Stadt geht, der kann jeden Tag was Neues erleben. So wurde ich kürzlich von einer russischen Touristin aus Irkutsk, Anya, gefragt, was die Schlösser am Käppelijoch zu bedeuten haben. Sofort ahnte es mir: Hier wird in Basel eine neue Sitte eingeführt, die es schon in anderen Städten, z.B. in Köln, gibt. So hängen in Köln auf einer Brücke über den Rhein 12'359 Schlösser. Und jeden Tag werden es mehr.

Nun muss auch in Basel nachgemacht werden, was scheinbar in anderen Städten „schick“ ist. Aber es ist verboten.

1. Warum werden die verbotenen Liebesschlösser am Käppelijoch nicht entfernt?
2. An welchen Stellen in Basel sind Liebesschlösser überhaupt erlaubt?
3. Der Schreibende dieser Anfrage liebt das Rathaus. Darf man daher an den drei Rathaus-Arkaden-Toren auch Liebesschlösser anbringen?

Eric Weber

p) Schriftliche Anfrage betreffend sinnlose Stolpersteine in Basel

13.5211.01

In vielen europäischen Städten werden sogenannte Stolpersteine angebracht und hindern den Verkehr, vor allem der Fussgänger. Mit den Stolpersteinen soll vor allem an ehemalige jüdische Mitbürger erinnert werden.

1. Gab es schon Anfragen, ob auch in Basel solche Stolpersteine errichtet werden dürfen?
2. Wie steht die Regierung zu diesen Stolpersteinen. Würde die Regierung Stolpersteine in Basel zulassen?

Eric Weber

q) Schriftliche Anfrage betreffend Toter im Badischen Bahnhof vom 8. Mai 2013

13.5212.01

Am 8. Mai sah ich im Badischen Bahnhof zwei Sanitäter, die in den Bahnhof gingen. Aus Neugierde folgte ich diesen. Sie liefen nämlich ganz normal, fast schon gemütlich. Sie rannten nicht. Daher frug ich mich, um was für einen Einsatz es sich hier handelt und ging diesen zwei Sanitätern nach.

Sie gingen dann durch die ganze Unterführung, fast bis nach ganz hinten. Sie rannten nicht. Auf dem Bahnsteig, es war ca. 10.20 Uhr, stand ein Lokalzug. Ein Mann hatte einen Herzinfarkt. Gegen 10.45 Uhr wurde mitgeteilt, er sei verstorben.

1. Wie arbeitet die Sanität allgemein?
2. Wenn die Sanität zu einem Notfall gerufen wird, warum rennt diese dann nicht durch den Bahnhof? Warum waren hier regelrecht lahme Enten im Einsatz?
3. Es geht um Menschenleben. Hier ist ein Menschenleben verloren gegangen. Was gibt es zu diesem Einsatz zu sagen?
4. Können die zwei betreffenden Mitarbeiter zur Rede gestellt werden?
5. Der Schreibende dieser Zeilen wollte sich als Zeuge zur Verfügung stellen, wurde aber nicht angenommen. Handelte es sich am 8. Mai 2013 um einen Mord? Was soll vertuscht werden?

Eric Weber

r) Schriftliche Anfrage betreffend Überfall bei der Clarapost am Samstag, 13. April 2013

13.5213.01

Ich wurde Zeuge eines Überfalls bei der Clarapost, am Samstag, 13. April, kurz nach 8 Uhr. Ein Mitarbeiter eines Discounters wollte die Tageseinnahmen von Freitag auf die Post schaffen. Rund 100'000 Franken. Ein Neger riss ihm diese weg und ist bis heute nicht gefasst. Video-Aufnahmen gibt es keine.

1. Was für gesundheitliche Schäden hatte der Überfallene?
2. Er lag 4 Meter von meinem Postfach entfernt, bei der Clarapost. Ich wollte mein Postfach machen, aber ein Polizist schrie mich an, es mache ihn nervös, wenn ich hier mein Postfach mache. Ich sagte, ich habe hier wichtige Post, die muss ich gleich aufmachen. Worauf hin mich ein anderer Polizist unsanft bis auf die Strasse nach vorne schob. Das waren rund 12 Meter. Ich wurde einfach weggeschoben. Frechheit. Unverschämtheit. Was sollte hier verschwiegen werden?
3. Ich bitte die Regierung, sich diesen Fall ganz genau anzuschauen. Wie viel Bargeld ist gestohlen worden?
4. Warum gibt es keine Videokameras im Umfeld der Post und der Postfächer? Liegen dort doch viele Drogenkranke täglich umher und verbringen dort die Nacht.

Eric Weber

s) Schriftliche Anfrage betreffend die Zugänglichkeit der Tribüne des Grossratssaals

13.5217.01

Besuchen Sie uns! Die Ratssitzungen sind öffentlich! Dies steht auf der Webseite des Grossen Rates. Die Gelegenheit nutzen wollten zwei Bekannte von mir am 10. April 2013. Eine der beiden Personen ist auf den Elektrorollstuhl angewiesen, weshalb wir uns bereits um 8.30 Uhr im Hof des Rathauses verabredet haben, damit die Tribüne auf den Sitzungsbeginn erreicht werden konnte. Ich ging zum Portier um den Besuch anzumelden, damit die Hebebühne in Gang gesetzt werde. Leider war die Porte nicht besetzt. Deshalb haben wir uns mit der Glocke im Hof des Rathauses angemeldet. Aber auch nach zweimaligem Läuten ist nichts passiert. Den zufällig vor der Türe erscheinenden Portier habe ich auf die Glocke angesprochen und erfahren, dass diese oft nicht funktioniere. Danach wurde mein Besuch mit der Hebebühne auf die Höhe der Porte befördert. Nun herrschte etwas Ratlosigkeit, wie der Elektrorollstuhl auf die Tribüne kommen solle. Der erste Versuch durch die Sitzungszimmer 201/202 misslang, weil eine Rampe fehlt, um den Niveauunterschied zu bewältigen. Der nächste Versuch durch die Büros der Ratsdienste war auch zum Scheitern verurteilt, weil die Türe zu eng ist.

Auf Bitte des Ratsweibels haben wir das neu erstellte Behinderten WC im 3. Stock besucht, um auch dort feststellen zu können, dass ein Elektrorollstuhl nicht durch die Türe des Behinderten-WCs passt.

Weil wir keine weiteren Möglichkeiten sahen, auf die Tribüne zu gelangen, haben wir uns mit dem Besuch ins Vorzimmer des Grossratssaales bewegt. Der Ratsweibel holte die Bewilligung ein, dass der Besuch die Grossratssitzung im Grossratssaal mitverfolgen durfte.

Aufgrund der geschilderten Geschehnisse bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Weil die gehbehinderte Person sich nicht an der Porte erkundigen kann, ob diese besetzt ist oder nicht und auch nicht beurteilen kann, ob die Glocke funktioniert oder nicht, ist ein System nötig, das die Benachrichtigung via Glocke während den Öffnungszeiten des Rathauses gewährleistet. Bis wann ist mit einem funktionierenden System zu rechnen?
2. Der Zugang zur Tribüne ist mit dem Elektrorollstuhl nicht möglich. Bis wann ist mit der Zugänglichkeit zu rechnen?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass Besucherinnen und Besucher, ohne Support einer Grossrätin oder eines Grossrates, in den Genuss eines Besuches der Grossratssitzung kommen können, bis die Zugänglichkeit gegeben ist?
4. Wie werden die Bedürfnisse von Behinderten in Elektrorollstühlen bei Neu- oder Umbauten von öffentlichen Gebäuden berücksichtigt?
5. Wie werden fertig gestellte Neu- oder Umbauten auf ihre Behindertentauglichkeit geprüft?

Sabine Suter

t) Schriftliche Anfrage betreffend Isteinerbad soll offen bleiben

13.5221.01

Im Juni soll das Isteinerbad geschlossen werden. Inzwischen haben Bewohnerinnen und Nutzerinnen eine Petition eingereicht. Diese kann nicht mehr vor den Sommerferien behandelt werden. Der Grosse Rat kann demnach frühestens im September oder Oktober Stellung beziehen. Deshalb bitte ich die Regierung dringend den allfälligen Schliessungstermin so zu legen, dass alle demokratischen Entscheidungskompetenzen des grossen Rates eingehalten werden können. Dies bedeutet, dass ein allfälliger Schliessungstermin erst im Herbst/ Winter sein kann. Ist der Regierungsrat bereit die Entscheidungskompetenz des Grossen Rates an zu erkennen und eine allfällige Schliessung entsprechend zu verschieben?

Urs Müller-Walz